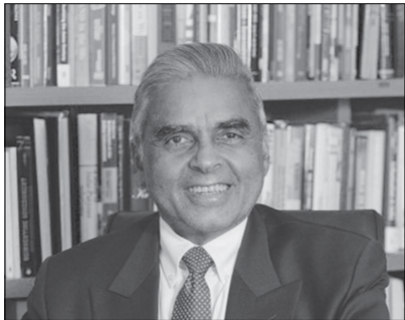


Wo sind die Friedensstifter?

von Kishore Mahbubani*, Singapur



Kishore Mahbubani (Bild zvg)

Mit der Verurteilung des Einmarsches in die Ukraine als völkerrechtswidrig war der Westen prompt. Die Besinnung darauf, wann dieser Krieg tatsächlich begann, braucht allerdings etwas länger. Und noch etwas länger wird es brauchen, bis im Westen mehr Nachdenken darüber einsetzt, warum «der Rest» der Welt – doch immerhin die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung – den Krieg aus ganz anderer Perspektive beobachtet als eben «der Westen». Kishore Mahbubani gehört zu denjenigen, die seit Jahren anmahnen, dass die westliche Vorkriegsmentalität in eine Sackgasse führt und dass Kooperation die weit intelligentere Form des Herangehens an globale Probleme und Herausforderungen wäre. Je schneller auch die westliche Politik das begreift, um so weniger Opfer wird der nicht mehr aufzuhaltende Übergang zu einer multipolaren Welt mit sich bringen. Eine westliche Politik, die sich noch immer für überlegen, einmalig, indispensable – unentbehrlich – hält und glaubt, zum Totschlagen berechtigt zu sein, weil man ja schliesslich «das Gute» vertritt, wird allerdings noch viel Leid nach sich ziehen. Die Liste der Opfer geht heute schon in die Millionen.

Erika Vögeli

Das eiserne Gesetz der Geopolitik

Die russische Invasion in der Ukraine ist illegal und muss von der internationalen Gemeinschaft verurteilt werden. Und sie wurde verurteilt. Als ehemaliger Botschafter bei den Vereinten Nationen verstehe und unterstütze ich voll und ganz die Notwendigkeit, die Grundsätze der UN-Charta zu schützen. Doch in der Geopolitik müssen wir immer zwei Dinge gleichzeitig tun. Wir müssen moralisieren. Und wir müssen analysieren. Da die Geopolitik ein grausames Spiel ist und der kalten und rücksichtslosen Logik der Macht folgt, müssen wir in unserer Analyse kalt, leidenschaftslos und knallhart sein. Das einzige eiserne Gesetz der Geopolitik ist, dass sie diejenigen bestraft, die naiv sind und ihre kalte Logik ignorieren.

Hätten wir also diesen Krieg in der Ukraine vorhersehen können? Und hätten wir ihn verhindern können? Die einfache Antwort auf diese beiden Fragen lautet: Ja. In der Tat haben viele führende Staatsmänner des Westens diese Katastrophe in der Ukraine richtig vorhergesehen.

Der wohl bedeutendste strategische Denker, den die USA im 20. Jahrhundert hervorgebracht haben, war *George Kennan*. Er entwickelte die berühmte Eindämmungsstrategie, mit der es letztendlich gelang, die Sowjetunion zu besiegen. Er verstarb am 17. März 2005.

Trotz eindeutiger Warnungen führender US-amerikanischer Denker

Am 21. Februar 2022 gab der berühmte Korrespondent der «New York Times», *Thomas Friedman*, sehr ausführlich wieder, was

«Dies ist vielleicht die wichtigste Lektion, die die Welt aus dem Ukraine-Konflikt lernen sollte. Kriege sind tragisch, wie sie es schon immer waren. Der Frieden muss bewahrt werden. Und die Welt muss eine Klasse von weltweit respektierten Staatsmännern aufbauen, die als weltweite Friedensstifter in Erscheinung treten könnten.»

George Kennan ihm 1998 gesagt hatte. Auf die Frage nach den Auswirkungen der Nato-Erweiterung auf die ehemaligen Gebiete der Sowjetunion sagte er in weiser Voraussicht: «Ich glaube, das ist der Beginn eines neuen Kalten Krieges. Ich denke, die Russen werden allmählich ziemlich negativ reagieren, und das wird sich auf ihre Politik auswirken. Ich halte das für einen tragischen Fehler. Es gab überhaupt keinen Grund für diese Aktion. Niemand bedrohte einen anderen. Bei dieser Entwicklung würden sich die Gründerväter dieses Landes im Grabe umdrehen.»

Warum also hat die Nato trotz der eindeutigen Warnungen von George Kennan weiter ihre Expansion vorangetrieben? In gewisser Weise wurde die richtige Antwort auch von George Kennan gestützt. Am 1. Dezember 1997 schrieb der berühmte und legendäre Herausgeber der Zeitschrift *The National Interest*, *Owen Harries*, einen Artikel, in dem er erklärte, warum die Nato-Erweiterung unklug sei, und nannte dann die Gründe, warum sie stattfand. Er nannte mehrere Gründe, aber ich möchte nur die ersten beiden zitieren: «die Stimmgewalt der polnischen Amerikaner sowie anderer Amerikaner mittel- und osteuropäischer Herkunft» und «die enormen Besitzstandsinteressen – Karrieren, Verträge, Beratungsfirmen, angesammeltes Fachwissen –, die vom Nato-Establishment vertreten werden, das nun einen neuen Grund und Zweck brauchte, um die weitere Existenz der Organisation zu rechtfertigen».

Kurz gesagt: Kurzfristige innenpolitische Interessen zur Gewinnung von Wählern und engstirnige wirtschaftliche Interessen übertrumpften die geopolitische Weisheit. Unmittelbar nach der Veröffentlichung dieses Artikels durch Owen Harries schrieb George Kennan einen Brief, in dem er alle von Owen Harries angeführten Punkte unterstützte. Er sagte: «Es war in gewisser Hinsicht eine Überraschung, denn einige Ihrer Hauptargumente waren solche, die ich selbst vorgebracht hatte oder vorbringen wollte, von denen ich aber nicht erwartet hatte, sie von jemand anderem so gut dargelegt zu sehen.»

Bemerkenswert an dem Projekt der Nato-Erweiterung ist, dass viele führende amerikanische Denker, sowohl liberale als auch konservative, dagegen waren, darunter *Paul Nitze*,

James Schlesinger, *Fred Ikle*, *John Mearsheimer*, *Jack Matlock*, *William Perry*, *Stephen Cohen*, *Bill Burns*, *Vladimir Pozner*, *Bob Gates*, *Robert McNamara*, *Bill Bradley*, *Gary Hart*, *Pat Buchanan*, *Jeffrey Sachs* und *Fiona Hill*.

Kissinger: «Die Ukraine kann für Russland niemals nur ein fremdes Land sein»

Der bedeutendste lebende strategische Denker in den USA ist heute *Henry Kissinger*. Er war nicht gegen die Ausweitung der Nato auf die ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten Osteuropas. Aber er riet dringend davon ab, die Ukraine in die Nato aufzunehmen. Als guter Kenner der Geschichte wies Kissinger darauf hin, warum die Ukraine von den Russen anders gesehen wurde. In einem Artikel, der 2014 in der «Washington Post» veröffentlicht wurde, sagte Kissinger: «Der Westen muss verstehen, dass die Ukraine für Russland niemals nur ein fremdes Land sein kann. Die russische Geschichte begann in dem Gebiet, das *Kiewer Rus* genannt wurde. Von dort aus verbreitete sich die russische Religion. Die Ukraine ist seit Jahrhunderten Teil Russlands, und ihre Geschichte war schon damals miteinander verflochten. Einige der wichtigsten Schlachten für die Freiheit Russlands, angefangen mit der Schlacht von Poltawa im Jahr 1709, wurden auf ukrainischem Boden geschlagen.»

Als erfahrener Staatsmann schlug Kissinger eine vernünftige Kompromisslösung vor. Einerseits sagte er: «Die Ukraine sollte das Recht haben, ihre wirtschaftlichen und politischen Verbindungen frei zu wählen, auch mit Europa.» Andererseits sagte er (2014): «Die Ukraine sollte nicht der Nato beitreten, eine Position, die ich schon vor sieben Jahren vertrat, als das Thema aufkam.»

Die wahre Tragödie der Ukraine ist, dass der Krieg in der Ukraine hätte vermieden werden können, wenn der damalige amerikanische Präsident *Barack Obama* (ein Friedensnobelpreisträger) den Rat von Henry Kissinger befolgt hätte. Kissingers Formel hob hervor, dass es den Ukrainern freistehen würde, ihr eigenes politisches System und ihre regionalen Zusammenschlüsse zu wählen.

Der heftige ukrainische Widerstand gegen die russische Invasion war in der Tat nicht vorhersehbar. Dieser Widerstand bestätigt den starken Wunsch des Landes, der Euro-

päischen Union beizutreten. Und das sollte ihnen auch gestattet werden. Und wie von Kissinger empfohlen, kann die Ukraine der Nato fernbleiben und «neutral» bleiben. In der Vergangenheit war es «neutralen» Staaten erlaubt, der Europäischen Union beizutreten. Die Ukraine könnte diesem Präzedenzfall folgen. Eine solche Win-Win-Lösung hätte einen Krieg verhindern können. Zwei Tage nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine sagte Präsident *Selenski* (der sich nach dem Einmarsch als regelrechter Held entpuppt hat): «Wir haben keine Angst vor Russland, wir haben keine Angst, Gespräche mit Russland zu führen, wir haben keine Angst, über irgendetwas zu diskutieren, zum Beispiel über Sicherheitsgarantien für unseren Staat, wir haben keine Angst, über den neutralen Status zu sprechen.» Hätte man sich auf einen neutralen Status geeinigt, hätte der Krieg vermieden werden können.

Die Welt benötigt weltweit geachtete Staatsmänner als Friedensstifter

Wenn künftige Historiker über diese Ereignisse in der Ukraine schreiben, werden sie sich sicherlich die Frage stellen, warum die klaren und deutlichen Warnungen führender westlicher Staatsmänner wie Kennan und Kissinger ignoriert wurden. Sie werden sich auch fragen, warum es in unserer Welt heute keine herausragenden Friedensstifter gibt, die den Konflikt hätten verhindern können.

Dies ist vielleicht die wichtigste Lektion, die die Welt aus dem Ukraine-Konflikt lernen sollte. Kriege sind tragisch, wie sie es schon immer waren. Der Frieden muss bewahrt werden. Und die Welt muss eine Klasse von weltweit respektierten Staatsmännern aufbauen, die als weltweite Friedensstifter in Erscheinung treten könnten.

Seltsamerweise hatten wir früher solche weltweit geachteten Staatsmänner, darunter Leute wie *Nelson Mandela*, *Kofi Annan* und *Desmond Tutu*. Viele von ihnen waren Mitglieder eines Rates der «Ältesten», der von Zeit zu Zeit versucht hat, ruhige und vernünftige Ratschläge zu erteilen. An solchen angesehenen Staatsmännern scheint es uns heute eindeutig zu fehlen.

Provokative Vorschläge aus den USA, die zu einem weiteren Krieg führen können

Und die Risiken nehmen weiter zu. Kürzlich sagte der ehemalige US-amerikanische Aussenminister *Mike Pompeo* in Taiwan, die USA sollten «sofort die notwendigen und längst überfälligen Schritte unternehmen, um das Richtige und Offensichtliche zu tun, nämlich der Republik China (Taiwan) die diplomatische Anerkennung Amerikas als freies und souveränes Land anzubieten». Man muss kein geopolitisches Genie sein, um herauszufinden, dass sein Rezept zu einem Krieg um Taiwan führen würde.

Da sein provokativer Vorschlag zu einem Krieg führen könnte, einem Krieg, der noch zerstörerischer sein könnte als der Krieg in der Ukraine, würde man erwarten, dass sich weltweit ein Chor von Stimmen erhebt und die rücksichtslose Erklärung von Mike Pompeo verurteilt, die zu einem Krieg führen könnte.

Bislang habe ich noch keine führende Stimme auf unserem Planeten gehört, die seine Erklärung verurteilt hätte. Und genau das ist der Kern unseres globalen Problems. Wo sind die globalen Friedensstifter, wenn wir sie mehr denn je brauchen?

Quelle: <https://ari.nus.edu.sg/app-essay-kishore-mahbubani-4/>. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors.

(Übersetzung Zeit-Fragen)

George F. Kennan* zur Nato-Ost-Erweiterung:

«Der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der gesamten Nachkriegszeit»

«Ende 1996 wurde der Eindruck zugelassen oder erweckt, es sei irgendwie und irgendwo beschlossen worden, die Nato bis an die Grenzen Russlands zu erweitern.

[Aber] hier geht es um etwas von höchster Bedeutung. Und vielleicht ist es noch nicht zu spät, um eine Ansicht zu vertreten, die, wie ich glaube, nicht nur die meine ist, sondern von einer Reihe anderer mit umfangreichen und in den meisten Fällen neueren Erfahrungen in russischen Angelegenheiten geteilt wird. Die Ansicht ist, unverblümt gesagt, dass die Erweiterung der Nato der verhängnisvollste Fehler

der amerikanischen Politik in der gesamten Nachkriegszeit wäre.»

George F. Kennan. «A fateful Error». In: «New York Times» vom 5. Februar 1997

* George Frost Kennan (* 16. Februar 1904 in Milwaukee, Wisconsin; † 17. März 2005 in Princeton, New Jersey) war ein US-amerikanischer Historiker und Diplomat. Er war der geistige Vater der Eindämmungspolitik der USA gegen die Sowjetunion (Containment) in der Zeit des Kalten Krieges. Zwischen 1926 und 1961 arbeitete er für das Aussenministerium der Vereinigten Staaten, unter anderem in Moskau, Berlin, Prag, Lissabon und London.

* Kishore Mahbubani, Distinguished Fellow am Asia Research Institute, National University of Singapore, NUS, ist Autor des Buches *Has China Won?*

Die Schweizer Neutralität – ein Friedensprojekt erster Güte

von Dr. phil. René Roca, Forschungsinstitut direkte Demokratie (www.fidd.ch)

Einmal mehr steht die schweizerische Neutralität unter starkem Druck. Das letzte Mal war das Anfang der 1990er Jahre der Fall, nach dem Ende des «Kalten Krieges». Der amerikanische Politologe Francis Fukuyama rief damals das «Ende der Geschichte» aus. Er bezog sich dabei auf Hegels Geschichtsphilosophie, die tatsächlich zu einem Ende im Sinne einer letzten Synthese führt, wo es, so Fukuyama, keine weltpolitischen Widersprüche mehr gebe, sondern nur noch Frieden und Demokratie. Fukuyama veröffentlichte seine These erstmals im Sommer 1989 und wurde bereits im Januar 1991 widerlegt, als eine Koalition von kriegswilligen Ländern unter der Führung der USA den Ersten Golfkrieg initiierte. Die Schweiz kam dabei neutralitätspolitisch ins Schleudern, rückte schliesslich von der integralen Neutralität ab und beteiligte sich an den Wirtschaftssanktionen gegen den Irak. Seither gilt für die Schweiz die differentielle Neutralität, derweil die USA praktisch permanent Krieg führen. Jetzt ist die Schweizer Neutralität angesichts des Ukraine-Krieges wieder im Fokus der Weltpolitik und läuft Gefahr, völlig inhaltsleer zu werden.

Definition, Inhalt und Ziele

Im Grunde bedeutet Neutralität die Nichtbeteiligung eines Staates an einem Krieg anderer Staaten. In diesem Sinne finden sich bereits im *Alten Testament*, in der griechischen und römischen Antike, im Mittelalter und in der frühen Neuzeit Beispiele für Neutralität. Die Schweiz praktizierte die Neutralität seit der frühen Neuzeit und trug wesentlich zu ihrer inhaltlichen Ausgestaltung bei. Die Geschichte der schweizerischen Neutralität ist im Rückblick für das Land, für Europa und global betrachtet eine Erfolgsgeschichte, auch wenn Brüche und Widersprüche immer wieder festgestellt werden können. Die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz mussten sich des Wertes der Neutralität im Laufe der Zeit immer wieder vergewissern und vermochten auf diese Weise, die Existenz des Landes zu sichern und den Krieg fernzuhalten. Andere Länder brachten der schweizerischen Neutralität nicht immer nur Sympathien entgegen. Das humanitäre Engagement der Schweiz schwächte aber oft solche Kritik merklich ab. Dieses Engagement zeigte sich besonders im Einsatz des *Internationalen Komitees vom Roten Kreuz* (IKRK) oder der Guten Dienste. Als zentrales Ziel lässt sich aus der Geschichte die Wahrung des inneren und äusseren Friedens sowie des Gemeinwohls ableiten.

«Stillesitzen» kennzeichnet die alteidgenössische Neutralität

Die Neutralität entwickelte sich schrittweise mit dem Wachsen der schweizerischen Eidgenossenschaft seit 1291. Wichtig waren dabei immer innen- und aussenpolitische Gründe. Als zum Beispiel Basel 1501 dem Staatenbund beitrug, wurde der neue Bündnispartner für den Fall von Konflikten zwischen den Orten zum «Stillesitzen» und zur Vermittlung verpflichtet. Erfahrungen der Acht Alten Orte führten zu diesen Forderungen, die dem friedlichen Zusammenleben und konstruktiven Miteinander dienten. Eine aussenpolitische Erfahrung, welche eine fundamentale Kehrtwendung bewirkte, war 1515 die Niederlage in der Schlacht von Marignano. Dieser desaströse Krieg führte zur Festigung der föderativen Struktur der Eidgenossenschaft und zur Absage an eine zielbewusste, gemeineidgenössische Expansionspolitik. «Stillesitzen» und Vermittlung, welche beide im menschlichen Miteinander innenpolitisch den Frieden wahren, wurden nun auch aussenpolitisch wichtig und führten letztlich zur ersten offiziellen Neutralitätserklärung der Tagsatzung aus dem Jahre 1674.

Noch waren aber viele Fragen ungeklärt, da das eigentliche Völkerrecht erst seit dem 17. Jahrhundert vor allem von *Hugo Grotius* und *Emer de Vattel*, einem Vertreter der Westschweizer Naturrechtsschule, entwickelt wurde. So war der Abschluss von Defensivbündnissen nach wie vor zulässig, und die Eidgenossenschaft war in zahlreiche Allianzen verstrickt. Das führte zu Widersprüchen, und machtpolitische Interessen lähmten immer wieder eine friedliche Entwicklung.

Auch das Söldnerwesen, für das die Schweiz berühmt war, förderte nicht gerade eine Aussenpolitik, die auf Vertrauen aufbaute. Trotzdem brachte die erklärte Neutralität der Schweiz zunehmend die angestrebte Einheit, und das konfessionell gespaltene, mehrsprachige Land konnte sich nach der völkerrechtlichen Anerkennung der Souveränität im *Westfälischen Frieden* (1648) relativ unabhängig entwickeln. Der Eidgenossenschaft gelang es dann auch gut, sich aus den europäischen Glaubens-, Eroberungs- und Erbfolgekriegen der frühen Neuzeit herauszuhalten. Mit dem *Dreissigjährigen Krieg* (1618–1648) nahm mit der *Defensionale von Wil* (1647), der ersten gesamteidgenössischen Wehrordnung, die bewaffnete Neutralität immer mehr Gestalt an.

Der Wiener Kongress bringt 1815 die immerwährende Neutralität

Im Rahmen der Helvetik ab 1798 und der Herrschaft von *Napoleon* musste die Schweiz bis 1815 ihre Neutralität preisgeben. Die Folgen waren verheerend: Sie wurde zum Kriegsschauplatz, zum besetzten Land und musste militärische Durchmärsche erdulden. Erst nach der Niederlage Napoleons I. wurde die Schweiz wieder zu einem souveränen Land. Die Delegation der Eidgenossen auf dem Wiener Kongress (1814–1815) erreichte, obwohl sie zerstritten war, zum erstenmal offiziell die völkerrechtliche Anerkennung der immerwährenden Neutralität sowie die territoriale Unverletzlichkeit der Schweiz. Die damaligen Grossmächte Österreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen und Russland garantierten der Schweiz dieses Recht, ohne das ein Interventionsrecht derselben abgeleitet werden könnte (*2. Pariser Friede*). Diese international bis heute geltende Verpflichtung war dem Willen, in Europa eine Art «Gleichgewicht» herzustellen, geschuldet, aber von der Schweiz ausdrücklich gewollt und ihr nicht «gnädig gewährt» worden, wie immer wieder behauptet wird.

1848 folgte dann nach dem Sonderbundkrieg mit der Gründung des Bundesstaates die Festigung der Neutralität, obwohl die Verfassungsväter sie nicht explizit im Zweckartikel der Bundesverfassung verankerten, sondern nur in den Kompetenzartikeln der Bundesversammlung und des Bundesrates. Die Neutralität war dann für die folgenden Jahrzehnte eminent wichtig, damit sich die Schweiz als multikulturelles Land mit mehreren Sprachen im Zuge der Bildung von Nationalstaaten (vor allem Italien und Deutschland) behaupten konnte. Die Schweizer Neutralität wurde in der Folge durch das Verbot der Kantone, Bündnisse mit dem Ausland einzugehen, und dem Verbot fremder Solddienste (1859) gestärkt. Die Schweiz war damals die einzige Republik in einem «Meer von europäischen Monarchien» und damit nicht ungefährdet. Das wachsende Nationalbewusstsein und die Bereitschaft, das Land gegen Angreifer zu verteidigen, führten das Land aber gut durch zahlreiche Schwierigkeiten. Dabei half, dass die Schweiz bei Konflikten nicht einfach abseits stand und zuschaute, sondern entscheidende humanitäre Initiativen ergriff, so etwa 1871 bei der Evakuierung der Zivilbevölkerung aus dem belagerten Strassburg und der Aufnahme der *Bourbaki-Armee*, beides während des *Deutsch-Französischen Krieges*. Zudem regte die Schweiz damals erstmals ein Schutzmacht-Mandat an und entwickelte eigenständig Schiedsverfahren zur friedlichen Streitbeilegung. Die Gründung des Roten Kreuzes und die erste *Genfer Konvention* 1864 legten den Grundstein für ein nachhaltiges humanitäres Engagement der Schweiz, das sie nicht zuletzt wegen der Neutralität glaubwürdig ausüben konnte.

Die *Haager Konventionen* von 1907 schliesslich legten unter anderem das Neutralitätsrecht fest. Die ersten beiden Artikel dazu lauten: «Das Gebiet der neutralen Mächte ist unverletzlich.» (Art. 1) und: «Es ist den Kriegführenden untersagt, Truppen oder Munitions- oder Verpflegungskolonnen durch das Gebiet einer neutralen Macht hindurchzuführen.» (Art. 2) Des weiteren gilt für die Neutralen neben der Nichtteilnahme an Kriegen ein Bündnisverbot, und abgesehen von einzelnen Ausnahmen haben sie das

Recht, den wirtschaftlichen Verkehr mit allen Kriegführenden aufrechtzuerhalten. Freilich justierte die Schweiz die Neutralitätspolitik im Strudel der Weltgeschichte fortan immer wieder neu, musste aber darauf achten, die Berechenbarkeit und Glaubwürdigkeit ihrer dauernden, bewaffneten Neutralität zu gewährleisten.

Die beiden Weltkriege als Bewährungsprobe

Insgesamt stärkte der Erste Weltkrieg die Integrationskraft der Neutralität und sorgte für einen besseren inneren Zusammenhalt, der zu Beginn des Krieges noch sehr labil war. Ausserdem baute die Schweiz die Guten Dienste aus, vertrat mit 25 Mandaten diplomatische Interessen anderer Länder und förderte so die Streitschlichtungen zwischen ihnen. Der Beitritt der Schweiz zum *Völkerbund* 1920 veränderte die Neutralitätspolitik entscheidend: Die Schweiz wurde zwar von der Teilnahme an militärischen, nicht aber bezüglich wirtschaftlicher Sanktionen befreit. Neu definierte sich nun die Neutralität als «differentielle». Genf konnte sich als Sitz des Völkerbundes profilieren, und die Schweiz, reich an eigenen Erfahrungen, setzte sich insbesondere für die Etablierung von Schiedsgerichtsverfahren ein. Im Verlaufe der 1930er Jahre geriet der Völkerbund mit dem Aufkommen von totalitären Systemen in eine schwierige Lage. Die Austritte Japans, Deutschlands und Italiens bewegten die Schweiz schliesslich, zur «integralen Neutralität» zurückzukehren, was sie von wirtschaftlichen Sanktionsverpflichtungen entband.

Im Zweiten Weltkrieg war die Schweiz ab 1940 umgeben von totalitären Mächten und in ihrer Existenz bedroht. Die Angriffspläne der Achsenmächte waren ausgearbeitet, wurden aber aus verschiedenen Gründen nicht in die Tat umgesetzt. Die Schweiz war angewiesen auf die Importe von lebenswichtigen Gütern, das verlangte gemäss Neutralitätsrecht aber zwingend nach Gegenleistungen. Die sehr schwierige Kriegssituation führte dazu, dass die Schweiz das Neutralitätsrecht nicht immer getreu den Buchstaben umsetzte, so kontrollierte sie etwa den Transitverkehr zwischen Deutschland und Italien ungenügend. Ebenfalls eine Verletzung der Neutralität war die Duldung der amerikanischen Nachrichtenzentrale in Bern. Die Kriegsparteien hielten sich allerdings auch nicht immer an das Neutralitätsrecht, und bis zum Ende des Krieges zählte man zahlreiche Verstösse, so zum Beispiel die Verletzung des schweizerischen Luftraumes durch die Alliierten. Die Realität des Krieges zeigte deutlich, wie schwierig es ist, einerseits das Neutralitätsrecht einzuhalten und andererseits eine besonnene Neutralitätspolitik zu verfolgen. Was für die Schweiz nie zur Disposition stand, waren das humanitäre Engagement und die Guten Dienste des Landes. Noch nie war dieser Einsatz so gross: Das IKRK beschäftigte neben weiteren Aufgaben 4000 Personen zur Betreuung von Kriegsgefangenen und für das Auffinden von Vermissten. Im Rahmen der Guten Dienste betreuten 1200 Personen 319 Einzelmandate für 35 Länder.

Der Kalte Krieg und die Bedeutung der Neutralen

Nach dem Zweiten Weltkrieg geriet das Ansehen der neutralen Länder in eine arge Krise. Ähnlich wie heute gab es Stimmen, die das Neutralitätsrecht als obsolet betrachteten, da es in Kriegszeiten durch zahlreiche Verstösse geschwächt worden war. Diese Krise der Neutralität währte allerdings nicht lange, und viele schätzten bald den Wert der Neutralität im Blocksystem des Kalten Krieges wieder als hoch ein. Die blockfreien Länder sahen sich alle als «Neutrale» im Kampf zwischen Ost und West. Die *Bewegung der Blockfreien* setzte sich für Frieden und Abrüstung ein, was 1975 in der Schlussakte der *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (KSZE, seit 1995 OSZE) gipfelte, welche die Schweiz entscheidend mitgeprägt hatte. Diese blockübergreifende Konferenz, bei der 35 Staaten, namentlich die USA, Kanada, die Sowjetunion und praktisch alle europäischen Staaten beteiligt waren, bestätigte für alle Teilnehmerstaaten

«das Recht auf Neutralität». Mit der KSZE waren die neutralen und blockfreien Staaten verantwortlich für die Entspannungspolitik und nahmen erfolgreich eine Vermittlerrolle im Ost-West-Gegensatz ein. Im Zuge dieser Entwicklung gelang es schliesslich, das Ende des Kalten Krieges einzuleiten.

Aus neutralitätspolitischen Überlegungen hielt die Schweiz lange Distanz zu den Vereinten Nationen (Uno) und zur Europäischen Gemeinschaft. Sie trat schliesslich 1963 dem *Europarat* bei und legte den Grundstein für die *Europäische Freihandelsassoziation* (EFTA), ein Wirtschaftsbündnis, das nicht supranational geprägt war. Im Rahmen der aussenpolitischen Devise «Neutralität und Solidarität» verstärkte die Schweiz ihren Einsatz für die Guten Dienste (u. a. für Kuba und Iran) und etablierte sich als feste Grösse, um wichtige Abrüstungs- und Friedenskonferenzen auf «neutralem Grund» zu initiieren und zu organisieren.

Erosion nach 1989

Wie eingangs erwähnt, kehrte die Schweiz nach dem Ende des Kalten Krieges und mit dem Ersten Golfkrieg 1991, der vom Sicherheitsrat der Uno sanktioniert wurde, zur differentiellem Neutralität zurück. In den folgenden Jahren blieb das Land bei dieser Haltung. Im Bosnien-Krieg 1995 gewährte die Schweiz den kriegführenden Ländern (IFOR/SFOR) Transitrechte und entsandte Friedenstruppen, die später sogar bewaffnet wurden. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der Nato gegen Serbien 1999 führte nicht dazu, dass die Schweiz ihre nichtmilitärischen Sanktionen gegen Jugoslawien beendete, allerdings gewährte sie der Nato keine Transitrechte. Nach dem Krieg beteiligte sich die Schweiz an der Friedenstruppe KFOR. Im völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak 2003 führte die Schweiz ihre differentielle Neutralitätspolitik weiter, indem sie die Wirtschaftssanktionen gegen den Irak fortsetzte, allerdings leistete sie wie in jedem Konflikt humanitäre Hilfe in der Krisenregion. 2002 trat die Schweiz der Uno bei und versuchte, ihre Neutralität mit einer separaten Erklärung zu wahren. Bereits seit 1996 ist die Schweiz in die «Nato-Partnerschaft für den Frieden» integriert, was neutralitätspolitisch als sehr heikel bezeichnet werden muss und neutralitätsrechtlich in eine graue Zone führt.

Mit der Neutralität wieder eine aktive Friedenspolitik betreiben

Um diese Erosion zu stoppen und die Neutralität wieder mit Inhalt zu füllen, muss die Schweiz zur integralen Neutralität zurückkehren. Die Schweizer Neutralität hat in Friedens- wie in Kriegszeiten eine ungeheuer wichtige Dimension, denn, wie der Schweizer Historiker *Wolfgang von Wartburg* schreibt: «Es muss einen Ort auf der Welt geben, der ausschliesslich dem Frieden dient.» Nur so können das IKRK und die Guten Dienste ihre Wirkung voll entfalten, ansonsten wird deren Glaubwürdigkeit weiter eingeschränkt, zum Leidwesen der Zivilbevölkerung in zahlreichen Konflikten. Das Neutralitätsrecht verpflichtet zwar ausschliesslich den Staat und nicht die Wirtschaft. Um aber die Neutralität politisch wieder glaubwürdig auszugestalten, muss die Wirtschaft integral einbezogen werden. So sollte beispielsweise ein allgemeines Waffenausfuhrverbot durchgesetzt werden. 1972 nahm die Schweizer Bevölkerung nur knapp eine solche Volksinitiative nicht an (49,7% stimmten zu, Stände lehnten ab). Das ein Jahr später erlassene Gesetz, das die Ausfuhr von Kriegsmaterial einschränkte, wurde in den letzten Jahrzehnten laufend verwässert. Immerhin werden nun ab dem 1. Mai 2022 die Kriterien für Waffenexporte neu auf der Gesetzesebene verankert statt wie bisher bloss in der *Kriegsmaterialverordnung*. Weiter sollten Gesetze gegen Geldwäscherei und Potentatengelder verschärft und rigoros durchgesetzt werden. Die Schweizer Wirtschaft, besonders die Exportwirtschaft, sollte so konsequent wie möglich friedenserhaltend und -fördernd wirken. Nur so würde eine integrale Neutralität glaubwürdig bleiben und könnte ihren Segen entfalten.

Fortsetzung auf Seite 3

Schweizer Wirtschaftssanktionen gegen Russland unterminieren die Neutralität und den Rechtsstaat

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Der Schweizer Bundesrat hat bekanntlich am 28. Februar beschlossen, alle EU-Sanktionen gegenüber Russland zu übernehmen – nicht freiwillig, meinen Kenner der geopolitischen Lage, aber jedenfalls mit mehr Eifer, als in Washington und Brüssel gefordert, weil er es auch den EU- und Nato-Turbos im Inland recht machen will.¹ Seitdem passt der Bundesrat laufend seine Erlasse an – jedes Mal verbunden mit der Floskel, der Schweizer Neutralität tue dies keinen Abbruch(!).² Vor Ostern hat der Bundesrat das fünfte Sanktionspaket übernommen, nicht ohne sich ziemlich hemdsärmelig über die Lage im allgemeinen und die russische «Kriegsschuld» im besonderen auszulassen.

Mit Recht protestiert die russische Regierung gegen die Abkehr der Schweiz von der Neutralität und gegen die ahistorischen und neutralitätswidrigen Äusserungen unserer Regierung (siehe Kasten). Erfreulicherweise gibt es aber auch Schweizer Persönlichkeiten, die Gegensteuer geben und auf der Einhaltung von Neutralität und Rechtsstaatlichkeit bestehen.

Umsetzung der Sanktionen gegen Russland: «Wir gehören weltweit zu den Besten!»

«Wir sind nicht nur auf Kurs, wir gehören weltweit zu den Besten», rühmte sich Bundespräsident Ignazio Cassis am 16. April in den Schweizer Staatsmedien: «Wir haben quasi acht Milliarden Franken sanktioniert, und wir haben zwölf Gebäude beschlagnahmt.» Um «russische Vermögen aufzuspüren», arbeite der Bundesrat eng mit den Task-Forces der EU, der USA und der G7 zusammen, so Cassis, und fügte bei: «Dieses Vorgehen der Schweiz sei zu 100 Prozent kompatibel mit der Neutralität des Landes» – man kann es fast nicht mehr hören!³

So schnell und ohne Gegenwehr wird unsere Souveränität verscherbelt – gleichzeitig landet das Grundrecht jedes Menschen auf den Schutz seiner Persönlichkeit im Müll: Denn gemäss Art. 16 Abs. 1 des schweizerischen Embargogesetzes von 2002 (auf das sich der Bundesrat abstützt) gilt eine «Meldepflicht» für jedermann: «Personen und Institutionen, die Gelder halten oder verwalten oder von wirtschaftlichen Ressourcen wissen, von denen anzunehmen ist, dass sie unter die Sperrung nach Artikel 15 Absatz 1 fallen, müssen dies dem SECO unverzüglich melden.» Bspitzelung der Nachbarn? Nach dem Motto: Jeder Russe ist verdächtig? Das erinnert an dunkle Zeiten...

Geben wir zur Einordnung dieses ungeheuerlichen Vorgangs einem Schweizer Experten das Wort, dem früheren Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank und heutigen Vizepräsidenten beim weltgrössten US-Vermögensverwalter «Blackrock», Philipp Hildebrand, der die heutige Situation für die Schweiz, Europa und die Welt nicht nur als Banker, sondern auch als Schweizer Bürger mit Sorge betrachtet: «Was mir Sorgen bereitet, ist die rechtliche Willkür, mit der man

«Die Schweizer Neutralität ...»

Fortsetzung von Seite 2

Die Schweizer Bevölkerung steht mit grosser Mehrheit hinter der Neutralität, und das wird auch so bleiben, falls das Land eine offensive Neutralitätspolitik verfolgt. Sie muss wieder eine konsequente und unverdächtige Arbeit für den Weltfrieden aufbauen und proaktiv auf Länder, die sich in kriegerische Konflikte verstricken, zugehen. Dabei geht es nicht um Gesinnungsneutralität, aber um den grundsätzlichen Verzicht auf Machtpolitik. Auf diese Weise kann die Schweiz ihre aussenpolitische Unparteilichkeit wahren und die universelle Friedenspolitik am besten fördern. Mit einer solchen neuen Ethik des «Stillesitzens» und der Vermittlung bliebe die Schweiz ein Vorbild für andere Länder, die – wie 1955 Österreich – die Neutralität als Grundsatz verankern müssten. Dies gilt heute auch für die Ukraine, die mit einer Neutralitätserklärung ihrer Region Frieden und Entwicklung und nicht weiter Krieg und Gewalt bringen könnte. •

Neutralität misst sich nicht an Worten, sondern an Taten

Kommentar der Sprecherin des russischen Aussenministeriums Maria Sacharowa zu den Äusserungen der Staatsführung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 12. April 2022 zu den Ereignissen in der Ukraine

«Wir haben in letzter Zeit Aussagen der Schweizer Staatsführung im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine aufgenommen, die für uns berechnete Fragen aufwerfen.

So verkündete der Bundespräsident und Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten Ignazio Cassis in einem Interview mit der luxemburgischen Zeitung «Le Quotidien» am 7. April 2022 das Ende der «Ära, in der seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kein einziges souveränes und demokratisches Land auf dem Kontinent angegriffen wurde».

Wir möchten den Schweizer Bundespräsidenten daran erinnern, dass die Grundlagen aushöhlung der Nachkriegszeit und die Zerstörung des Völkerrechtssystems aus den Bomben- und Raketenangriffen der Nato auf friedliche jugoslawische Städte im Jahr 1999 resultierten. Diese Vergesslichkeit und willkürliche Interpretation historischer Fakten wegen politischer Zweckmässigkeit ist völlig inakzeptabel.

Darüber hinaus hat das EDA in seiner Stellungnahme vom 8. April 2022 nach weiteren barbarischen Verbrechen des ukrainischen Regimes in Butscha und

Kramatorsk unsere ausführlichen Erklärungen ignoriert und alle Verantwortung rückhaltlos der russischen Seite zugeschoben.¹

Solche Aussprüche der Schweizer Seite verurteilen wir auf das Schärfste. Wir fordern Bern, das sich als neutraler und «ehrlicher Makler» zu positionieren versucht, nachdrücklich dazu auf, objektiv und treulich mit den Fakten umzugehen.

Wir hoffen, dass die Schweizer Staatsführung die Zusicherungen der Unverletzlichkeit der Neutralität nicht nur für schöne Worte hält. Die praktischen Schritte Berns werden zeigen, wie ehrlich diese Worte sind. Auf dieser Grundlage werden wir die wahre «Qualität» des neutralen Status der Schweizerischen Eidgenossenschaft beurteilen.»

¹ «In Anbetracht der anhaltenden russischen Militäraggression in der Ukraine und der klaren Hinweise auf Greuelthaten in Butscha hat die EU am 8. April 2022 weitere Sanktionen gegenüber Russland sowie gewisse Massnahmen gegenüber Belarus verabschiedet.» (Medienmitteilung des Bundesrats vom 13.4.2022)

Quelle: Russian Embassy Bern. @RusEmbSwiss. Russia government organization

teilweise vorgegangen ist. Wer entscheidet, welche Konten geschlossen werden, was Firmen zum Schliessen zwingt, weil sie keinen Bankzugang mehr haben und die Löhne nicht mehr bezahlen können? Wer entscheidet, wer Putin nahesteht? Es würde mich nicht erstaunen, wenn es bei den Kundinnen und Kunden von Schweizer Banken eine grosse Besorgnis gibt, weil sie sich jahrelang auf die Beständigkeit, Rechtssicherheit und Langfristigkeit der Schweiz verlassen haben. Das waren die Kernwerte des Schweizer Finanzplatzes.⁴ Übrigens wird in den Medien bereits diskutiert, ob die Anzeigepflicht auch für Rechtsanwälte gelten sollte – das wäre der Anfang vom Ende des Anwaltsgeheimnisses!

Schweizer Rechtsstaat: Hier gehören wir nicht (mehr) zu den Besten

Ich habe dem Generalsekretariat des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bil-

dung und Forschung (WBF) drei Fragen zur Beschlagnahmung russischer Vermögen und Häuser gestellt. Dazu Auszüge aus den Antworten des Mediensprechers des WBF, Michael Wüthrich.

Auf welcher Verfassungsgrundlage erfolgen die Sperrungen von Bankkonten und die Beschlagnahmung von Gebäuden?

Michael W.: Der Bundesrat hat [...] am 28. Februar den Grundsatzentscheid gefällt, EU-Sanktionen im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine zu übernehmen. [...] Die Verordnung über Massnahmen im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine wurde vom Bundesrat gestützt auf das Embargogesetz (EmbG) erlassen und wird bei der Übernahme neuer Sanktionen jeweils angepasst.

Anmerkung: Das «Bundesgesetz über die Durchsetzung von internationalen Sanktionen» (Embargo-

Gesinnungsprüfung für den Präsidenten der Zürcher Kunstgesellschaft?

mw. Der frühere Nationalbankpräsident Philipp Hildebrand kandidiert zurzeit für das Präsidium der Zürcher Kunstgesellschaft (Trägerverein des Zürcher Kunsthauses). Er wurde vom Vorstand, zu dem auch Stadtpräsidentin Corinne Mauch (SP) gehört, einstimmig nominiert.

Gegen Hildebrands Kandidatur setzt sich die IG Transparenz zur Wehr. Was ihren Vertretern nicht passt, hat keinerlei Bezug zur Zürcher Kunstgesellschaft. In seinem Interview mit der Handelszeitung hatte Hildebrand auf die Frage «Wie beurteilen Sie die Invasion von Russland in die Ukraine?» geantwortet: «Der Krieg in der Ukraine ist eine verheerende, dramatische und tragische Entwicklung, die sich allerdings über Jahre oder Jahrzehnte angebahnt hat. Spätestens seit 2008 hat sich diese Geschichte immer weiter in die falsche Richtung entwickelt.»

Diese sachgerechte geschichtliche Einordnung sowie die Tatsache, dass Hildebrands Frau gebürtige Russin ist(!), lässt die Leute von IG Transparenz gegen Philipp Hildebrand Sturm laufen: Seine Wahl wäre ein «Reputationsrisiko» für die Stadt Zürich. «Seine Ablehnung der Schweizer Sanktionen gegen Russland

rückt ihn in die Nähe von Putin-Verstehern. Die starke Beteiligung seiner russischen Ehefrau am Rohstoffkonzern Louis Dreyfus Co. (LDC) [...] wirft weitere Fragen auf. [...] Vor der Wahl ist es deshalb zwingend, Hildebrand zu klaren Stellungnahmen zu möglichen Sponsoren, zur Herkunft von Sponsorengeldern, zu seiner Haltung zu den Sanktionen und zum Krieg Russlands gegen die Ukraine zu veranlassen.» (Hervorhebungen mw)

Es ist zu hoffen, dass sich das Wahlgremium nicht von derlei Gesinnungsschnüffelei und Ressentiments gegen Hildebrands russische Ehefrau beeinflussen lässt, sondern sich an die verfassungsmässigen Grundrechte (Meinungsausserungsfreiheit, Persönlichkeitsschutz) hält und dem offensichtlich geeigneten Kandidaten seine Stimmen gibt.

Quellen: Herwig, Sarah. «Kontroverse ums Präsidium der Zürcher Kunstgesellschaft». SRF 2 Kultur und Gesellschaft vom 21.4.2022. Stellungnahme der IG Transparenz zur Kandidatur des ehemaligen Nationalbank-Präsidenten und heutigen Blackrock-Vizepräsidenten Philipp Hildebrand als Präsident der Zürcher Kunstgesellschaft vom 18.4.2022

gesetz) vom 22.3.2002 erlaubt dem Bund, Zwangsmassnahmen zu erlassen, um Sanktionen der Uno, der OSZE oder der «wichtigsten Handelspartner der Schweiz» durchzusetzen, die «der Einhaltung des Völkerrechts, namentlich der Respektierung der Menschenrechte, dienen.» (EmbG Art. 1) Als Verfassungsgrundlagen nennt das EmbG einige sehr weit gefasste Artikel, zum Beispiel BV Art. 54 Abs. 1: «Die auswärtigen Angelegenheiten sind Sache des Bundes.» Darauf kann man alles abstützen!

Aus völkerrechtlicher Sicht sind die einzigen zulässigen Sanktionen gegen einen Staat diejenigen, die der Uno-Sicherheitsrat beschlossen hat – was faktisch kaum je vorkommt, weil in aller Regel mindestens eine der fünf Vetomächte dagegen stimmt. Dass die Schweiz gesetzlich festgelegt hat, Sanktionen der «wichtigsten Handelspartner der Schweiz» (der EU? der USA? Chinas?) mittels Zwangsmassnahmen durchzusetzen, ist auch neutralitätsrechtlich sehr fragwürdig.

Wie beschlagnahmt man ein Gebäude?

Die Vermögenssperre ist von der Einziehung zu unterscheiden, die Eigentumsrechte verbleiben gemäss Embargogesetz im ersten Fall bei der sanktionierten Person (Rechtsstaatlichkeit). Auch Häuser, Autos und ähnliches sind gesperrt, sofern diese Personen gelistet sind. Konkret werden diese Vermögenswerte aber nicht eingezogen. Der Handel damit ist indes verboten. Als Beispiel: Ein Haus darf von einer sanktionierten Person bewohnt bleiben, aber es darf weder verkauft noch vermietet werden.

Anmerkung: Die Eigentumsgarantie ist eines der wichtigsten Grundrechte im Rechtsstaat (Bundesverfassung Art. 26). Indem der Staat dem sanktionierten Hauseigentümer theoretisch seine Eigentumsrechte belässt, bemäntelt er den tatsächlichen Eingriff in die Gewährleistung des Eigentums. Wenn ein Hauseigentümer sein Haus nicht vermietet oder verkaufen darf, worin bestehen dann seine Eigentumsrechte?

Welche Rechtsmittel haben die sanktionierten Personen und Unternehmen?

Derzeit sind 1091 natürliche Personen und 80 Unternehmen und Organisationen in Anhang 8 der Verordnung über Massnahmen im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine aufgeführt – analog der EU. [...]

Von der Schweiz sanktionierte Personen, Unternehmen und Organisationen können beim zuständigen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF ein sogenanntes Delisting-Gesuch einreichen. Das WBF prüft dieses und stellt eine anfechtbare Verfügung aus. Ein allfälliges Delisting müsste durch den Gesamtbundesrat entschieden werden. Somit ist die Rechtsstaatlichkeit gewahrt.

Anmerkung: Um von der Liste gestrichen zu werden, muss der Betreffende sich also an dasselbe Departement wenden, das mit der Umsetzung der Sanktionen betraut ist. Das WBF, letztlich also dessen Vorsteher, Bundesrat Guy Parmelin, prüft das Gesuch und entscheidet dann zusammen mit den anderen sechs Bundesräten, ob der Name des Antragstellers von der Liste gestrichen werden soll. Da der Entscheid, wer auf die Liste gesetzt wird, in Brüssel beziehungsweise in Washington gefasst wurde, ist der Bundesrat vermutlich weder willens noch in der Lage, die Recht- oder Unrechtmässigkeit der Sanktionierung zu beurteilen. «Somit ist die Rechtsstaatlichkeit gewahrt», antwortet das WBF – aber nöd würkli!

Gegensteuer geben und an den Schweizer Werten festhalten!

Zu diesen niederschmetternden Vorgängen in der Schweiz bedarf es dringend der Gegenstimmen. Die gibt es in unserem Land auch, zum Beispiel Guy Mettan, Grossrat des Kantons Genf und früherer Chefredaktor der «Tribune de Genève», der in der letzten Ausgabe von Zeit-Fragen mit seinen markanten Aussagen zur Preisgabe unserer Neutralität durch unsere «eigene Mannschaft» zitiert wurde.⁵ In einem Vortrag rief er uns Bürger vor kurzem zum Widerstand auf: «Die Schweiz hat ihre Neutralität, an der sie zwei Jahrhunderte festgehalten hat, in wenigen Tagen kampflös aufgegeben. Ich erkenne mein Land nicht mehr! Jetzt braucht es den Widerstand einer kleinen Minderheit.» Das tut gut.

Aber auch Blackrock-Banker Philipp Hildebrand erweist sich im kürzlich erschienenen Interview mit der Handelszeitung als guter Schweizer und als kritischer Weltbürger (siehe Kasten). Gegenüber der EU rät er der Schweiz, «weise zu handeln, Zeit zu gewinnen und zuzuwarten, wie

Fortsetzung auf Seite 4

«Nato-Erweiterung für Ukraine-Krise verantwortlich»

Ehemaliger jugoslawischer Aussenminister Zivadin Jovanovic fordert Dialog statt Eskalation

Die jahrzehntelange Osterweiterung der Nato habe nicht nur die Krise in der Ukraine verursacht, sondern sich auch zu einer Bedrohung für den weltweiten Frieden und die Zusammenarbeit entwickelt, sagte ein serbischer Experte in einem Interview mit Xinhua.

Zivadin Jovanovic, der zwischen 1998 und 2000 Aussenminister der Bundesrepublik Jugoslawien war, sagte, er glaube, dass er im Frühjahr 1999 Zeuge des Beginns der Nato-Expansion nach Osteuropa geworden sei. Diese habe inzwischen die Grenzen Russlands bedroht und den aktuellen Konflikt in der Ukraine ausgelöst.

Der Vorstoss der Nato nach Osten hat dem gesamten europäischen Kontinent grossen Schaden zugefügt, so Jovanovic, «indem er seine Infrastruktur, seine Wirtschaft und sogar sein Bildungssystem militarisiert hat». Auf globaler Ebene habe dies die Wahrscheinlichkeit lokaler, regionaler und sogar grösserer Konflikte erhöht, gefolgt von Verarmung und Hunger.

Jovanovic, der dem Belgrader Forum für eine Welt der Gleichen vorsteht, sagte, dass der Westen, anstatt den Konflikt weiter anzuhetzen, einen weltweiten hochrangigen Dialog für Frieden und Sicherheit aufnehmen sollte, der für die Überwindung der Krise entscheidend sei.

Nicht provoziert?

Jovanovic zufolge ist die im Westen weit verbreitete Ansicht, der Konflikt in der Ukraine sei «unprovokiert», falsch, denn seit ihrer Aggression gegen Jugoslawien im Jahr 1999 hat die Nato Truppen auf dem Balkan stationiert, elf Länder als Mitglieder aufgenommen und zahlreiche Militärstützpunkte in ganz Europa eingerichtet.

«Im März 1999 startete die Nato einen illegalen Angriff – eine Aggression gegen Jugoslawien. Das öffentlich verkündete Ziel war es, die Rechte einer bedrohten nationalen Minorität zu schützen... Wir sehen jedoch, dass das Ergebnis die permanente Stationierung von Nato-Truppen auf dem Balkan war... Das sind unbestreitbare Tatsachen», sagte er.

Seitdem hat sich die Nato durch die Integration einer Reihe osteuropäischer Länder erheblich ausgeweitet, was die Stationierung von Nato-Truppen und die Einrichtung von Militärstützpunkten auf deren Gebiet zur Folge hatte.

«Damals (1999) hatte die Nato 19 Mitglieder, heute sind es 30. Wo ist das Reservoir für neue Mitgliedsstaaten? Es liegt im Osten Europas, und das bedeutet eine zunehmende Nähe zu den Grenzen Russlands... Als diese Stützpunkte eröffnet wurden, sagte die Nato, sie dienten der Verteidigung... Es stellte sich jedoch heraus, dass es sich um Raketenbasen

handelt, die Angriffswaffen befördern können.»

Die Spannungen wurden weiter verschärft, weil sich die Vereinigten Staaten, wie Jovanovic betonte, vor kurzem aus wichtigen internationalen Militärabkommen zurückgezogen haben.

«Die USA als Schlüsselkraft der Nato haben sich aus vielen wichtigen Abkommen über Rüstungskontrolle und Mittelstreckenraketen zurückgezogen... Die grosse Frage ist: Warum haben sie das getan und zu welchem Zweck?» fragte er.

Jovanovic zufolge war Russland gezwungen, eine Militäroperation zu initiieren, um seine Interessen zu schützen, da es keine Antworten auf Moskaus Initiativen zur Erneuerung der Rüstungskontrollverträge und zum Stopp des Vorstosses der Nato nach Osten gab.

Enorme Schäden

Laut Jovanovic hat der Vorstoss der Nato nach Osten wichtige Vereinbarungen gefährdet, die nach dem Zweiten Weltkrieg eine lange Friedensperiode sicherten.

«Während ihrer Erweiterung hat die Nato gegen alle bestehenden und unbestrittenen Vereinbarungen verstossen. Bei ihrem Angriff auf Jugoslawien hat sie die UN-Charta verletzt und die Autorität des UN-Sicherheitsrates in Frage gestellt... Der angerichtete Schaden ist zweifellos enorm. Durch die Strategie der Nato-Osterweiterung ist die Welt in einem völlig veränderten Zustand. Das weltweite System der Sicherheit, des Friedens und der Zusammenarbeit ist in Gefahr», warnte er.

Dieser jahrzehntelange Prozess habe, so Jovanovic, zentrale europäische Werte zerstört und den gesamten Kontinent militarisiert.

«Durch die Osterweiterung der Nato ist der gesamte europäische Kontinent militarisiert worden. Nie zuvor gab es mehr Militärbasen, Waffen und militärische Ausrüstung in Europa als heute... Europa hat seine Wirtschaft und sein Bildungssystem militarisiert», sagte er.

Ausserdem habe die Nato-Erweiterung «die gesamte Weltordnung erschüttert» und den Frieden in der ganzen Welt gefährdet, so Jovanovic.

«Dem System der kollektiven Sicherheit und Zusammenarbeit wurde enormer Schaden zugefügt, ganz zu schweigen davon, wie sehr diese Nato-Erweiterung zur Entwicklung eines Wettrüstens und zur Zerstörung eines ganzen Teilsystems beigetragen hat, das für die Kontrolle der Nichtverbreitung von Kernwaffen zuständig ist. Dies hat die Möglichkeit von Konflikten erhöht, und zwar nicht nur von lokalen und regionalen, sondern auch von globalen Konflikten... Es

«Schweizer Wirtschaftssanktionen ...»

Fortsetzung von Seite 3

sich die Dinge entwickeln.» Es sei jetzt nicht der Moment, die nächste Gesprächs-

runde mit Brüssel zu suchen. Zur Neutralität: «Die Neutralität wurde in der Tat sehr rasch unterminiert, und dies ohne Verfassungsänderung und ohne eindeutige rechtliche Grundlage.» Hildebrand wirft die

Oliver Stone: «Putin handelte immer im Interesse des russischen Volkes»

ef. Anlässlich der Präsentation seines neuen Dokumentarfilms über die Ermordung von John F. Kennedy bei den BCN-Filmfestspielen in Barcelona äusserte sich der bekannte Filmregisseur Oliver Stone gegenüber der spanischen Zeitung «El Pais» auch über den russischen Präsidenten Wladimir Putin, den er zuletzt vor drei Jahren getroffen hatte: «Der Mann, den ich kannte, hatte nichts mit dem unverantwortlichen und mörderischen Verrückten zu tun, als den ihn die Medien jetzt hinstellen, indem sie ihn mit Hitler und Stalin vergleichen», so Stone. In Wirklichkeit sei er ein «guter Sohn seines Landes, der sein Volk beschützen will. Der Mann, den ich kennengelernt habe, war rational, besonnen, handelte immer im Interesse des russischen Volkes, ein wahrer Sohn Russlands, ein Patriot, was nicht heisst, dass er ein Nationalist ist.»

Gegenüber «El Pais» äusserte Stone, es sei ein langfristiger Plan der USA gewesen, eine prowestliche, antirussische Regierung in der Ukraine zu installieren, mit dem Ziel, die Ukraine zu einem nützlichen Gegenspieler Russlands zu machen. Möglicherweise habe das ultimative Ziel darin

bestanden, Russland zu destabilisieren und einen Regime change herbeizuführen, «um Putin zu beseitigen und einen anderen Jelzin einzusetzen». Die USA bezeichnete er als «Kampfhund» (predatory dog), der vor Russland nicht Halt machen werde und später China ins Visier nehmen könnte. Er bedauerte die Art und Weise, in der Russland als «der Böse» und die USA als «der Gute» dargestellt werden. Weiter äusserte Stone: «Das einzige, was die Vereinigten Staaten beschäftigt, ist, weiterhin enorm teure Waffen an Regime zu verkaufen, mit denen sie zusammenarbeiten, weil ihre Wirtschaft auf diese Weise ununterbrochen wächst».

Auch heute brandaktuell sind sein vierteiliger Dokumentarfilm «Die Putin-Interviews» von 2017, sowie «Ukraine on Fire» (2016), ein Dokumentarfilm über die Hintergründe zu den Maidan-Protesten 2013–2014, sowie das Follow-up «Revealing Ukraine», gemeinsam mit Igor Lopatonok, der die Recherchen über die anhaltende Ukraine-Krise fortsetzt (bislang noch alle auf YouTube).

Quelle: El Pais vom 26. April 2022; popnews247.com

wird viel Weisheit, Zeit und Mühe erfordern, dies zu beheben», sagte er.

Frieden durch Dialog

Jovanovic sagte, wenn die Ukraine-Krise beendet werden solle, müsse auch die Osterweiterung der Nato gestoppt werden. Die Lösung, so Jovanovic, liege nicht auf dem Schlachtfeld, sondern im Dialog auf hoher Ebene.

«Alles, was man im Westen heutzutage sagt, ist, dass Kiew den Konflikt fortsetzt und keine Vereinbarung mit Russland akzeptieren soll, und dass der Westen immer grössere und technologisch fortschrittlichere Waffen liefert. Auf diese Weise giessen sie Öl ins Feuer... Auf dem Schlachtfeld kann es keine Lösung geben.»

Zu den westlichen Sanktionen gegen Russland sagte er, dass diese den Konflikt weiter eskalieren lassen und dass die Sanktionen «absichtlich gegen Zivilisten gerichtet sind».

«Sanktionen sind illegitim und unmenschlich. Das war ihr Ziel im Falle Jugoslawiens... Aus diesem Grund starben in ganz Jugoslawien Kinder und Menschen an schweren chronischen Krankheiten, es mangelte an allem, und viele einfache Menschen litten... Sanktionen sind kein Mittel zur Lösung von Konflikten. Sie sind kein Mittel, um Frieden

zu schaffen, sondern um die Situation weiter eskalieren zu lassen», sagte Jovanovic.

Anstatt die Zerstörung der Ukraine weiter anzuhetzen und die Nato-Erweiterung zu forcieren, solle der Westen einen hochrangigen Dialog mit anderen Weltmächten aufnehmen, um sich auf Frieden, Zusammenarbeit und kollektive Sicherheit zu einigen, sagte er.

«Die Vorbereitung von Gipfeltreffen oder hochrangigen Treffen braucht Zeit, aber es ist notwendig, darüber zu sprechen und konkrete Initiativen für den Dialog, die Verhandlungen und die Beendigung des Konflikts vorzubereiten», sagte Jovanovic.

Seiner Meinung nach könnte der Frieden durch die Anerkennung der Gleichheit der Länder in Bezug auf Sicherheit, Frieden und Zusammenarbeit erreicht werden. «Jeder im Westen muss sich damit abfinden, dass die Ära der Expansion, der Diktate und Befehle sowie der pyramidalen Anordnung der globalen Beziehungen der Vergangenheit angehört. Die Welt strebt eindeutig nach einer multipolaren Weltordnung, die auf gegenseitigem Respekt, Partnerschaft und der Anerkennung der Souveränität und territorialen Integrität aller Länder beruht.»

Quelle: Xinhua vom 25.4.2022 (Übersetzung Zeit-Fragen)

Das Schweizer Neutralitätsrecht einhalten!

mw. – Keine Überflüge von Nato-Militärflugzeugen mit Kriegsmaterial für die Ukraine

Der Bundesrat hat gemäss Neutralitätsrecht¹ am 11. März beschlossen, dass im Kontext des Ukraine Konflikts «folgende Überflüge nicht genehmigt werden: Überflüge von Militärflugzeugen der Konfliktparteien, die einem militärischen Zweck dienen. Überflüge von Militärflugzeugen anderer Staaten, deren Zweck darin besteht, eine der Konfliktparteien militärisch zu unterstützen, namentlich mit der Lieferung von Kriegsmaterial.»²

Gemäss dieser klaren Regelung hat EDA-Vorsteher Ignazio Cassis Ende März das Nato-Mitglied Kanada gebeten, seinen Antrag auf den Überflug eines mit Waffen beladenen Transportflugzeugs über die Schweiz zurückzuziehen – was Kanada auch getan hat.

– Keine Lieferung von in der Schweiz gekaufter Munition in die Ukraine

Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) hat am 24. April Deutschland untersagt, in der Schweiz hergestellte Munition ins Kriegsgebiet zu schicken, mit Verweis auf die Schweizer Neutralität und «die zwingenden Ablehnungskriterien der Kriegsmaterialgesetzgebung» (Kriegsmaterialverordnung vom 25. Februar 1998).

Die Nato-Staaten kennen das Schweizer Neutralitätsrecht und werden die Absagen aus Bern verkraften. Was uns Schweizern viel mehr zu denken geben muss, ist die prompte Veranstaltung grosser Aufregung über die bundesrätliche Entscheide in den Schweizer Mainstream-Medien. Getragen von der herrschenden emotionalen Welle, twitterte am 25. April Gerhard Pfister, Präsident der Mitte-Partei, doch tatsächlich, der

Frage auf, was es für die Diplomatie bedeute, «wenn man Gute Dienste offerieren könnte und möchte, aber gleichzeitig nicht mehr in einer wirklich neutralen Situation ist und damit auch gar nicht mehr angefragt

wird.» Die Schweiz stehe vor einer grossen Herausforderung, so Philipp Hildebrand: «Wenn sich die Welt in eine Art Logik des Kalten Kriegs zurückbewegt, muss man die aussenpolitische Strategie [...] neu überdenken und artikulieren.»⁶

Es ist unseren Volkvertretern in Bern zu wünschen, dass sie in diesem Sinn «weise handeln» und ihre Positionierung in Europa und in der Welt künftig zuerst überdenken, statt unser Land in eine Lage zu manövrieren, aus der wir fast nicht mehr hinausfinden. •

¹ siehe Wüthrich, Marianne. «Ukraine-Sanktionen: Bundesrat unter massivem Druck von innen und aussen. Neutralitätspolitik ist kein Auswahlmenü!» In: Zeit-Fragen vom 8.3.2022

² Verordnung des Bundesrates vom 4.3.2022 über Massnahmen im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine

³ «Bundespräsident zur Ukraine. Cassis sieht Schweiz bei Sanktionspolitik «bei den Besten». SRF News vom 16.4.2022

⁴ Meier Diem, Markus. «Es ist sehr bedrohlich». Interview mit Ex-Nationalbank-Chef Philipp Hildebrand. In: Handelszeitung vom 14.4.2022

⁵ Wüthrich, Marianne. «Schweizer Neutralität und Rechtsstaat als unabdingbare Voraussetzungen für das Wirken des IKRK». In: Zeit-Fragen vom 19.4.2022

⁶ Meier Diem, Markus. «Es ist sehr bedrohlich». Interview mit Ex-Nationalbank-Chef Philipp Hildebrand. In: Handelszeitung vom 14.4.2022

¹ Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs, abgeschlossen in Den Haag am 18. Oktober 1907

² Medienmitteilung des Bundesrates vom 11.3.2022; Hervorhebung mw

³ Häfliger, Markus. «Kommentar zu Neutralität und Ukraine-Krieg. Waffenexporte nach Kiew sind falsch. Die Frage ist nur: Wie lange noch?» In: Berner Zeitung vom 26.4.2022

Ukraine

Greuelpropaganda dient nicht dem Frieden

von Karl-Jürgen Müller

Am Anfang sollen zwei Definitionen aus Wikipedia stehen:

«*Informationskrieg*, kurz Infokrieg (engl. *infowar* oder *information warfare*), ist eine Bezeichnung für die gezielte Nutzung und Manipulation von gesteuerten Informationen, um in der Wirtschaft oder in der Politik Vorteile gegenüber Konkurrenten und Gegnern zu erzielen. Dazu gehört auch die Beeinflussung von Medien durch Falschinformationen (*Fake News*), Teilinformationen oder Propaganda mit dem Ziel der Medienmanipulation im eigenen Interesse.»

«*Greuelpropaganda* ist eine Form politischer Propaganda, bei der versucht wird, einen Gegner zu diffamieren, indem man ihm erfundene oder nicht von ihm begangene Untaten bzw. Greuel zuschreibt oder von ihm unternommene Handlungen bewusst verzerrt darstellt und so skandalisiert. Sie ist ein häufiges Mittel psychologischer Kriegsführung und kann im Krieg zur Motivation der eigenen Streitkräfte und Bevölkerung oder zur Beeinflussung der Weltöffentlichkeit eingesetzt werden.»

Greuelpropaganda ist eine spezielle Form des Informationskrieges. Sie gehört zum «cognitive warfare», zur «strategischen Kommunikation»¹. Greuelpropaganda gibt es wie den Informationskrieg, seitdem es Kriege gibt, und eigentlich weiss jeder, dass es sie gibt. Trotzdem wird in jedem Krieg Greuelpropaganda betrieben. Möglich ist sie, weil während eines Krieges in der Regel keine unabhängige und objektive Überprüfung möglich ist und weil zuvor ein emotionaler Boden dafür geschaffen wurde. Der Greuelpropaganda gehen andere Arten des Informationskrieges voraus, so dass ein gehöriges Mass an Verunsicherung und Angst sowie Hass auf denjenigen erzeugt wurde, gegen den sich die dann folgende Greuelpropaganda richtet, die ihrerseits wieder noch mehr verunsichern sowie Angst und Hass verstärken soll.

Perfidie

Greuelpropaganda ist kein Schritt in Richtung Frieden. Im Gegenteil, sie dient der Eskalation eines Krieges. Sie ist besonders perfide, weil es auch tatsächliche Greuel in Kriegen gibt. Die Perfidie wird noch erhöht, wenn sich in solchen Zeiten vermeintliche «Sachverständige» äussern, die sich unabhängig und objektiv geben, es in Tat und Wahrheit aber gar nicht sind.

Auch seit dem 24. Februar 2022 muss man von all dem ausgehen. Konkret: Die langjährige Arbeit in unseren Staaten am Feindbild Russland und vor allem die Dämonisierung des russischen Präsidenten *Wladimir Putin* haben den Boden dafür bereitet, dass Berichten über Greuel der russischen Streitkräfte in der Ukraine Glauben geschenkt wird – auch wenn bislang nichts von dem Behaupteten durch unabhängige und objektive Untersuchungen bewiesen worden ist.

Behauptungen über russische Greuelthaten sind alltäglich geworden. Nur ein Beispiel von vielen: Am 23. April hiess es – ohne irgendeinen Beleg – im Schweizer «Tages-Anzeiger»: «Dass man für einen Diktator Verständnis haben soll, der die *Zivilbevölkerung in der Ukraine massakriert* und *gezielt zivile Objekte bombardieren lässt, um eine maximale Zahl von Opfern und Flüchtlingen zu erreichen*, bleibt unverständlich.» (Hervorhebungen km)

Verdacht

Für den Verdacht, dass es sich bei den bislang vorliegenden Greuelberichten um Greuelpropaganda handelt, gibt es gute Gründe:

Wer nicht nur unsere Medien und offiziellen Stellungnahmen zu Rate zieht, sondern auch russische Medien und russische offizielle Stellungnahmen – die auch in deutscher Sprache (noch) zugänglich sind –, wird schnell feststellen, dass den bei uns verbreiteten Greuelberichten russische Gegendarstellungen gegenüberstehen, die sachlich formuliert, begründet und nachvollziehbar sind. All das ist kein Beweis für die Richtigkeit der russischen Position, aber könnte uns doch bewegen – wenn wir

Deutscher Bundestag erklärt das Land zur Kriegspartei

km. Auch wenn es wörtlich heisst, der Deutsche Bundestag begrüsse «die Unterstützung der Bundesregierung für die angegriffene Ukraine bei gleichzeitiger Sicherstellung, dass weder Deutschland noch die Nato zur Kriegspartei werden»: Ohne dass Deutschland angegriffen wurde, erklärt der Bundestag mit seinem am 28. April 2022 mit 586 gegen 100 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommenen Antrag Deutschland de facto zur Kriegspartei. Mit allen möglichen Konsequenzen. Leider hat das nur eine der Oppositionsparteien deutlich formuliert: Der Antrag sei eine «Beitrittserklärung zu einem Krieg».

SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hatten den Antrag einen Tag zuvor gemeinsam in den Bundestag eingebracht. Der Antrag erinnert in seiner Dik-

tion an schlimme Zeiten der deutschen Geschichte – eine Sprache der Kriegstreiberei, aber auch des Realitätsverlustes. Und das alles mit einer verlogenen Scheinheiligkeit voller Worthülsen. Nun sollen – etwas mehr als 80 Jahre nach dem Beginn des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion – erneut deutsche Panzer auf russische Soldaten schiessen. Eine Schande für ein Land, seine Geschichte zu vergessen.

Nichts deutet derzeit darauf hin, dass es innerhalb der etablierten politischen Klasse in Deutschland Stimmen der Vernunft und der Mässigung gibt. Das lässt noch Schlimmeres befürchten. Was eine Kehrtwende bringen kann, ist derzeit noch nicht absehbar. Frieden wird man so nicht schaffen können. Dabei ist es genau das, wonach die Mehrheit der Deutschen strebt.

es mit der Wahrheitssuche ernst meinen –, die Entgegnungen genauso ernsthaft und ausführlich zu zitieren wie die Behauptungen über Kriegsgreuel. So könnten sich die Bürger in unseren Ländern, die nicht die Zeit und die Möglichkeit haben, russische Stellungnahmen zu suchen, ein besseres Bild machen.

Dass die Regierung der Ukraine als Kriegspartei kein Interesse an einem objektiven Bild haben wird, ist nachvollziehbar. *Das Verhalten der Verantwortlichen in unseren Ländern ist aber eigentlich nur dann erklärbar, wenn man davon ausgeht, dass auch unsere Länder Kriegspartei sind.*

Vertreter von Institutionen wie der OSZE oder dem *Internationalen Strafgerichtshof* (IStGH) geben sich gemeinhin als unabhängig und objektiv und nur dem Recht verpflichtet aus. Sie wollen damit dem, was sie behaupten, ein besonderes Gewicht geben. Aber sind beide Institutionen wirklich so unabhängig und objektiv? Der IStGH hat schon seit geraumer Zeit seinen Ruf verspielt, weil er bislang nie konsequent gegen Kriegsverbrechen durch Angehörige von Nato-Staaten ermittelt hat. Warum hat der britische Chefankläger beim IStGH nach den Greuelberichten und den grauenhaften Bildern aus Butscha Russland sofort beschuldigt, aber nicht sofort Ermittlungen vor Ort eingeleitet? Oder warum geht die OSZE unter polnischem Vorsitz eher ukrainischen Vorwürfen gegen Russland nach als russischen gegen die Ukraine? Die Sprecherin des russischen Aussenministeriums hat dies am Beispiel von Kramatorsk in ihrem Briefing vom 13. April glaubhaft dargelegt.²

Cui bono?

Schiesslich: Auch beim Blick auf Greuelberichte stellt sich die wichtige Frage: *Cui bono?* – Wem nützt es? Anders gefragt: Warum und wozu sollen die russischen Streitkräfte in der Ukraine Greuelthaten begehen? Welchen «Nutzen»

hätten sie davon? Und: Wer profitiert tatsächlich von Berichten über russische Greuelthaten?

Greuelpropaganda, so heisst es bei Wikipedia, «ist ein häufiges Mittel psychologischer Kriegsführung und kann im Krieg zur *Motivation der eigenen Streitkräfte und Bevölkerung* oder zur *Beeinflussung der Weltöffentlichkeit* eingesetzt werden». (Hervorhebungen km) Spricht dies nicht eher dafür, dass Russland kein Interesse an Greuelthaten seiner Streitkräfte haben kann? Andere aber schon.

Auch diejenigen, die den russischen Streitkräften Greuelthaten vorwerfen, sind sich dieses Problems ihrer Behauptungen bewusst und greifen deshalb zu Hilfskonstruktionen. Ein Beispiel dafür ist der deutsche Historiker *Bernd Greiner*, der in einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger» vom 22. April zu Wort kam. Er wird nach dem «Nutzen von Massakern und Greueln» gefragt und antwortet: «Kriegsverbrechen sind Teil einer psychologischen Kriegsführung. Sie treiben den Zweck jeden Krieges auf die Spitze: Furcht und Schrecken zu verbreiten. Den Lebenden mit den Toten zu drohen.»

Nun ist es aber so, dass alle russischen Erklärungen zum militärischen Vorgehen in der Ukraine in eine ganz andere Richtung gehen: Das Land soll zwar «entmilitarisiert» und «entnazifiziert» und die beiden von Russland anerkannten Republiken Donezk und Luhansk sollen vor weiteren ukrainischen Angriffen geschützt werden, von «Furcht und Schrecken»³ unter der Zivilbevölkerung ist aber nirgendwo die Rede. Im Gegenteil, die Zivilbevölkerung soll geschützt werden – soweit dies in einem Krieg überhaupt möglich ist. Selbst wenn man alle russischen Aussagen als Propaganda abtut: Welche Logik hat es zu erklären, man tue alles, um Zivilpersonen zu schützen, und gleichzeitig «Furcht und Schrecken» zu verbreiten und «den Lebenden mit den Toten zu drohen»?

Für die Russen sind die Ukrainer ein slavisches «Brudervolk». Warum und wozu sollten die russischen Streitkräfte eine «maximale Zahl von Opfern» unter der ukrainischen Zivilbevölkerung erreichen wollen? Das macht keinen Sinn.

Krieg gegen Russland «bis zum letzten Ukrainer»?

Es gibt einige Stimmen, nicht nur aus Russland, die behaupten, die US-Regierung und die Nato wollten den Krieg gegen Russland «bis zum letzten Ukrainer» führen. Zu einer solchen menschenverachtenden Strategie würde Greuelpropaganda passen. Und leider würden auch die Hinweise passen, dass weitere, eskalierende Inszenierungen («Operationen unter falscher Flagge») für weitere, noch schlimmere Greuelpropaganda geplant sind.⁴

Auch die Hinweise darauf, dass Nato-Staaten schon jetzt nicht nur mit Waffenlieferungen, sondern auch mit Einsätzen vor Ort in der Ukraine am Krieg direkt beteiligt sind, verdichten sich.⁵

Auch der internationale «Kriegsrat», den die USA am 26. April auf ihrem Truppenstützpunkt im deutschen Ramstein abgehalten haben, geht in Richtung weiterer Eskalation und – praktisch – direkter Kriegsbeteiligung der Nato.

Russland wird gegensteuern. Nicht nur gegen weitere Greuelpropaganda, sondern auch gegen die Versuche der Nato-Staaten, den Krieg in der Ukraine mit Waffenlieferungen und anderen Mitteln weiter zu verlängern. Am 25. April betonte der Aussenminister Russlands nochmals den russischen Willen, zu einer Verhandlungslösung mit der Regierung der Ukraine zu kommen. Aber er sprach auch davon, dass die Gefahr eines Dritten Weltkrieges real ist, wenn die Nato-Staaten nicht damit aufhören, aktiv den Krieg zu eskalieren und zu verlängern. •

¹ vgl. *Zeit-Fragen* vom 22.2.2022, Seite 3 («Stellung nehmen gegen politische Lügen»); <https://www.zeit-fragen.ch/archiv/2022/nr-5-22-februar-2022/stellung-nehmen-gegen-politische-luegen.html>

² https://mid.ru/deforeign_policy/news/1809211/

³ Ganz anders die US-Truppen bei ihrem Krieg gegen den Irak 2003. Sie bezeichneten ihr eigenes Vorgehen ganz offen mit «Shock and Awe», «Furcht und Schrecken».

⁴ So sind russische Behörden seit dem 24.2.2022 immer wieder mit Mitteilungen über geplante Inszenierungen an die Öffentlichkeit getreten, zum Beispiel das Verteidigungsministerium am 23.4.2022. Es verfüge «über Informationen über die Vorbereitung von Provokationen durch die Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Ziel, die russischen Streitkräfte des Einsatzes chemischer, biologischer oder taktischer Atomwaffen zu beschuldigen». (vgl. <https://seniora.org/politik-wirtschaft/lagebericht-dringendes-briefing-des-russischen-verteidigungsministeriums-ueber-neue-provokationen> vom 24.4.2022)

⁵ vgl. «Sind britische Sondereinheiten in der Ukraine aktiv?» In: *Tages-Anzeiger* vom 25.4.2022. Der Artikel verweist auf britische Zeitungen, die ganz offen über den Einsatz britischer Spezialkommandos des SAS berichten.

Offener Brief an den deutschen Bundeskanzler: Deeskalieren statt eskalieren!

km. Nicht nur die deutschen Ostermärsche haben gezeigt, wie gross die Sorge sehr vieler Menschen ist, dass der Krieg in der Ukraine kein Ende findet und sich statt dessen – nicht zuletzt durch die massiven Kriegsanstrengungen der Nato-Staaten – zu einem grossen europäischen oder sogar Weltkrieg ausweitet. Auch andere prominente Stimmen haben sich zu Wort gemeldet, darunter auch ehemalige hochrangige Bundeswehrgeneräle wie *Erich Vad* oder *Harald Kujat*.¹

Hier kann nicht auf die Vielzahl dieser Initiativen eingegangen werden. Stellvertretend sollen Zitate aus einem Offenen Brief an den deutschen Bundeskanzler *Olaf Scholz* stehen, der am 22. April in der «Berliner Zeitung» veröffentlicht wurde und zu dessen Mitunterzeichnern der *Zeit-Fragen*-Autor und ehemalige beigeordnete Generalsekretär der Vereinten Nationen *Hans-Christof von Sponneck* gehört.

In diesem Brief heisst es unter anderem: «Uns eint, dass wir gemeinsam vor einer unbeherrschbaren Ausweitung des Krieges mit unabsehbaren Folgen für die gesamte Welt warnen und uns gegen eine Verlängerung des Krieges und Blutvergiessens mit Waffenlieferungen einsetzen.»

Mit der Lieferung von Waffen haben sich Deutschland und weitere Nato-Staaten de facto zur Kriegspartei gemacht. Und somit ist die Ukraine auch zum Schlachtfeld für den sich seit Jahren zuspitzenden Konflikt zwischen der Nato und Russland über die Sicherheitsordnung in Europa geworden. [...]

Der Krieg birgt die reale Gefahr einer Ausweitung und nicht mehr zu kontrollierenden militärischen Eskalation [...]. Wenn Verantwortung tragende Menschen wie Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, diese Entwicklung nicht stoppen, steht am Ende wieder der ganz grosse Krieg. Nur diesmal mit Atomwaf-

fen, weitreichender Verwüstung und dem Ende der menschlichen Zivilisation. Die Vermeidung von immer mehr Opfern, Zerstörungen und einer weiteren gefährlichen Eskalation muss daher absoluten Vorrang haben. [...]

Waffenlieferungen und militärische Unterstützung durch die Nato verlängern den Krieg und rücken eine diplomatische Lösung in weite Ferne. [...]

Die vorherrschende Kriegslogik muss durch eine mutige Friedenslogik ersetzt und eine neue europäische und globale Friedensarchitektur unter Einschluss Russlands und Chinas geschaffen werden. Unser Land darf hier nicht am Rand stehen, sondern muss eine aktive Rolle einnehmen.»

¹ vgl. *Zeit-Fragen* vom 19.4.2022 sowie das ausführliche Interview mit *Erich Vad* in *Zeit-geschehen im Fokus* vom 24.4.2022 (https://zeit-geschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-7-8-vom-24-april-2022.html#article_1351)

Die Doomsday-Uhr zeigt 100 Sekunden vor Mitternacht

Der ABM-Vertrag und dessen Kündigung durch die USA – im Atomwaffenzeitalter eine offene Kriegserklärung – Russland reagiert

von Tobias Salander

Unlängst meldete die «Frankfurter Allgemeine Zeitung», wie nahe die Menschheit heute vor einem Atomkrieg stehe.¹ 1947 hatte das «Bulletin of the Atomic Scientists» in den USA die Doomsday Clock entwickelt, bei uns als Weltuntergangs- oder Atomkriegsuhr bekannt. Sieben Minuten vor Mitternacht zeigte die Uhr, als sie 1947 erstmals präsentiert wurde; zwei Minuten vor Mitternacht während der Kuba-Krise. Und heute? Im dritten Jahr in Folge stehen die Zeiger bei 100 Sekunden vor Mitternacht. Stand Mai 2022 wird aber erst Anfang nächsten Jahres erfasst.

Wem wir das zu verdanken haben? Das westliche Narrativ hat den Schuldigen schnell gefunden. Doch lässt der Blick in die Geschichte der Entwicklung einer all-fälligen Atomkriegsführung dieses Narrativ als alleinseligmachend bestehen? Grund genug, sich auf die Logik der Kriegsführung im Atomwaffenzeitalter einzulassen – und inbrünstig zu hoffen, dass Persönlichkeiten mit rationaler Herangehensweise und Sachverstand instande sind, sich gegen verblendete Ideologen durchzusetzen.

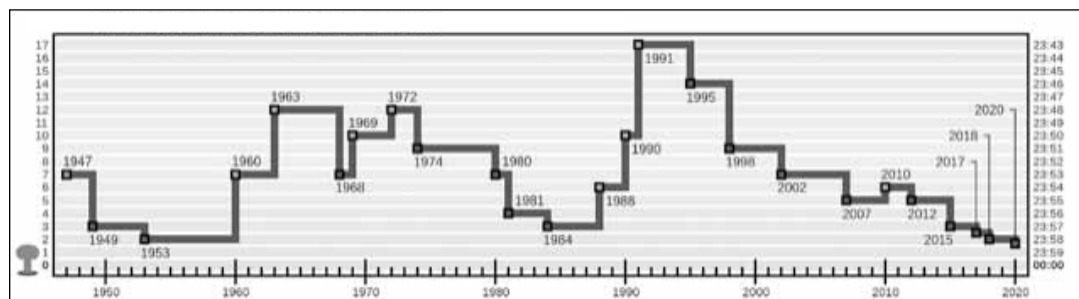
Dass Atomwaffen unterschiedslos töten und damit gegen die Genfer Konventionen verstossen, ist heute hinlänglich bekannt. Ob schon der Besitz von Atomwaffen und ihre Herstellung ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellen, ist in Kreisen von Völkerrechtlern umstritten. Findet auch der gesunde Menschenverstand schnell eine Antwort auf diese Frage, ist er um so mehr gefordert, wenn er sich auf die Realität einlässt. Und die Realität von Atomwaffen bringt eine ganz eigene Logik mit sich, der sich jeder friedliebende Mensch lieber verschliesst, weil sie so schrecklich ist. Aber den Kopf in den Sand stecken löst das Problem nicht.

Als bisher einzige Macht setzten die USA Atomwaffen ein, und das über einem Land, dessen Städte grossmehrheitlich bereits zerstört waren durch Brandbomben – so starben etwa in Tokyo auf Grund der amerikanischen Bombardierung mehr Zivilisten als in Hiroshima. Dass die «Enola Gay» mit ihrer massenmörderischen Fracht über Hiroshima von einem Flugzeug begleitet wurde, das vollgepackt war mit wissenschaftlichen Instrumenten zur exakten Vermessung der tödlichen Ereignisse, und dass der Pilot bis an sein Lebensende keine Reue zeigte, ist das eine. Dass der Abwurf militärisch nicht notwendig gewesen wäre, sondern eine Machtdemonstration insbesondere gegenüber der Sowjetunion, das andere. Florian Coulmas, Paul H. Johnston und andere haben das längst akribisch nachgewiesen.²

Die Doomsday Clock stellte dann 1949 die Zeiger auf drei vor zwölf, als die Sowjetunion ihren ersten Kernwaffentest durchführte. Und auf zwei vor zwölf im Jahre 1953, als die beiden ehemaligen Alliierten gegen die Nazis die Wasserstoffbombe testeten. Nicht alle waren aber mit der Zeigerstellung einverstanden. So verriet etwa Klaus Fuchs den Sowjets die Pläne der US-amerikanischen Atombombe, um, wie er sagte, die Welt sicherer zu machen. Wie das? Damit sind wir mitten in der Logik der Atomwaffen und der Friedenserhaltung im Atomwaffenzeitalter, dem «Gleichgewicht des Schreckens». Die Kubakrise verdeutlichte es: US-amerikanische Atomwaffen in der Türkei, russische auf Kuba waren für beide Seiten nicht zu dulden, da die Reaktionszeit bei einem wirklichen oder vermeintlichen Angriff tödlich kurz gewesen wäre. Chruschtschow und Kennedy verständigten sich, zum Glück. Doch wie es der damalige US-Verteidigungsminister Robert S. McNamara in seiner Lebensbeichte «Fog of war» sagte, es war wirklich pures Glück, «we lucked out. It was luck that prevented nuclear war.»

ABM-Vertrag 1972 – das «Fenster der Verwundbarkeit» offenhalten

Ein rotes Telefon wurde installiert, denn die Entwicklung von Interkontinentalraketen verlangte eine schnelle Verständigung zwischen den beiden Oberbefehlshabern.



Der Verlauf der Doomsday-Uhr 1947–2020. Sollte die Kurve ganz unten in der Grafik ankommen, wäre 00:00 Uhr, Mitternacht (d. h. Atomkrieg). (Grafik Wikipedia)

So zogen die 1970er Jahre herauf, die Situation war nicht gemüthlicher geworden auf unserem Planeten. Und in dieser Situation rangen sich die Führer der beiden Supermächte durch, ein Abkommen zu schliessen, den ABM-Vertrag. Der am 26. Mai 1972 geschlossene Anti-Ballistic-Missiles-Treaty, zu deutsch Raketenabwehrvertrag, folgte der Logik der Kriegsführung mit Atomwaffen: Beide Seiten wollten das sogenannte «Fenster der Verwundbarkeit» offenhalten. Man verzichtete also bewusst darauf, nach einem atomaren Erstschnellangriff den zu erwartenden Gegenangriff des Gegners mit extra dafür aufgestellten Raketen abwehren zu können. Warum so kompliziert? Ganz einfach: Wenn beide Seiten in der Lage wären, sich zu rächen und das Gegenüber ebenfalls auszulöschen, würden beide Seiten von einem Erstschnellangriff absehen. Denn das wäre gegenseitiger Suizid. Man billigte sich also gegenseitig die sogenannte «Zweitschlagfähigkeit» zu. Wem das schlicht verrückt vorkommt: Et voilà, so lautete auch die Abkürzung dieser Atomwaffenlogik: MAD, nebst dem Wort für verrückt auch das Akronym für «Mutual Assured Destruction», wechselseitig zugesicherte Zerstörung. Darauf basierte die höchst wackelige «Sicherheits»architektur im Kalten Krieg. Man sprach auch vom «Gleichgewicht des Schreckens».

Der Vertrag verbot nicht nur den Aufbau von nationalen (das heisst das Territorium von Russland oder den USA schützenden) Abwehrsystemen gegen ballistische Raketen, sondern er umfasste auch das Verbot der Stationierung von Systemkomponenten für Raketenabwehr auf dem Meer, in Flugzeugen und im Weltraum.

Den Vertragsunterzeichnern war klar: Ohne Vertrag würde jede Seite versuchen, neue Atomraketen zu entwickeln, welche die Raketenabwehr überwinden könnten – eine gegenseitige Hochrüstung wäre das Ergebnis.

Der ABM-Vertrag war ein grosser Erfolg – ein Atomkrieg blieb uns erspart. Auch wenn wir einige Male kurz vor der Vernichtung standen: Stichwort Nato-Übung «Able Archer» von 1983: Die realitätsnah simulierte Atomkriegsführung der Nato liess die Sowjetunion ihre Bomber in Polen und der DDR startklar machen und mit scharfen nuklearen Sprengköpfen bestücken! Und kurz zuvor hatte das beherzte Handeln des diensthabenden Oberstleutnant Stanislaw Petrow im Raketenabwehrzentrum Serpuchow bei Moskau anlässlich eines Fehlalarms ein sowjetisches atomares Zurückschlagen gegen einen nicht stattfindenden US-amerikanischen Atomangriff verhindert. Wie hatte McNamara gesagt: «At the end we lucked out. It was luck that prevented nuclear war.»

Jimmy Carters «Presidential Directive 59»: Nuklearkrieg gewinnen können

Doch dann kam das Jahr 1980. Der durch sein markiges Wort «Wie kommt unser Öl unter den Sand der Araber» bekannt gewordene Jimmy Carter zog ins Weisse Haus ein. Und man stellt sich heute die Frage: Hatte der Erdnussfarmer aus dem amerikanischen Süden die Logik von Atomwaffen verstanden? Oder spielte er absichtlich mit dem Feuer? Denn was er tat, kann nicht anders als die offene Kriegserklärung gegenüber der Sowjetunion verstanden werden. Oder doch als Verteidigungsmassnahme? Wie war das mit der Logik der Atomwaffen? Carter, so das politisch unverdächtige, sicher nicht US-feindliche online-Nachschlagewerk Wikipedia, habe die Abkehr von der MAD-Doktrin eingeläutet: «Am 25. Juli 1980 sprach US-

Präsident Jimmy Carter in der Presidential Directive 59 von einer «Ausgleichsstrategie» (countervailing strategy). Ziel der US-Planner war fortan, einen Nuklearkrieg gewinnen zu können. Deklariertes Ziel der Nuklearsprengköpfe war nicht die sowjetische Bevölkerung, sondern an erster Stelle waren es die Führungszentren, dann militärische Ziele. Damit verband sich die Spekulation, die Sowjetunion würde aufgeben, bevor es zu einer totalen Zerstörung der UdSSR und der USA käme.»³ Man stelle sich vor, wie eine gleichlautende sowjetische Erklärung in den USA aufgenommen worden wäre. Die Logik der Atomwaffen: Es braucht noch bessere, schnellere, effizientere Raketen und Sprengköpfe, um den Erstschnellangriff, den Enthauptungsschlag, verhindern zu können. Also genau das, was MAD hatte verhindern wollen. Und weiter in Wikipedia: «US-Präsident Ronald Reagan setzte auf diese Richtung und plante, mit seiner Strategic Defense Initiative (SDI), das Gleichgewicht der MAD durch eine neue Strategie der amerikanischen Überlegenheit zu ersetzen. Durch den Aufbau einer umfassenden Raketenabwehr sollten die USA vor Angriffen oder Gegenschlägen aus der Sowjetunion geschützt werden, ihre eigene Erstschnellangriffskapazität aber behalten.»

Dass die USA unter der Präsidentschaft Reagan diese aggressive Linie gegenüber der Sowjetunion führen, zeigt auch der schon 2015 ausgestrahlte Film auf ARD, «Operation Täuschung – Die Methode Reagan. Doku von Dirk Pohlmann».⁴

Auf der stramm US-treuen ARD-Website heisst es dazu erstaunlicherweise: «Mit Reagans Machtantritt ändert sich die Strategie der USA im Kalten Krieg grundlegend: Angriff statt Verteidigung. Sein geheimes «Komitee für Täuschungsoperationen», dessen Existenz in dieser Dokumentation zum ersten Mal von Zeitzeugen bestätigt wird, plant brillante und perfide Geheimdienst-Operationen – gegen die Sowjets, aber auch gegen die Entspannungspolitik des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme. Mit seinem Machtantritt im Jahre 1981 bestimmt Ronald Reagan die Strategie der USA im Kalten Krieg neu: Angriff statt Verteidigung. Sein «Komitee für Täuschungsoperationen» ist neben der Aufrüstung eines der wichtigsten Instrumente im Kampf gegen die Sowjetunion. Gasleitungen werden mit eingeschleusten Computerchips und Trojanern sabotiert, Flug- und Seemanöver vor dem wichtigsten Stützpunkt der Sowjets in Murmansk durchgeführt. Das Ziel: Verunsicherung und Demütigung bei gleichzeitiger Demonstration von Stärke und technischer Überlegenheit.» Und wie musste ein solcherart Gedemütigter reagieren? Wie wir heute wissen, gab es die Sowjetunion nicht mehr lange, getäuscht, wirtschaftlich am Boden auch auf Grund der Investitionen in die Rüstung zur Abwehr der Amerikaner, kamen die 1990er Jahren mit dem Ausverkauf des Landes an westliche Konzerne. Eine Demütigung sondergleichen, die erst Putin beendete – mit ein Grund, so hört man von russischen Freunden, dass Putin bis heute so hohe Zustimmungsraten im russischen Volk habe.

Doch was sagt das ARD-Portal weiter zu den Aktionen der USA? «Diese Aktionen bringen die Welt an den Rand des Atomkrieges. Als in den achtziger Jahren der schwedische sozialdemokratische Ministerpräsident Olof Palme mit Willy Brandt und Egon Bahr seine Strategie der gemeinsamen Sicherheit vorschlägt und Schweden nicht mehr als «unsinkbaren Flugzeugträger» der Nato zur Verfügung stellen will, macht er sich nicht nur die konservativen Machteliten im eigenen

Land zum Feind. Sein Ansatz ist auch Reagan schon früh ein Dorn im Auge, denn ein Einlenken der Sowjetunion im Wettrüsten des Kalten Krieges wäre für seine Strategie kontraproduktiv. So werden die Annäherungsgespräche sabotiert und die Person Palme diskreditiert. Im Februar 1986 wird Palme von einem unbekannten Täter ermordet. Der Film zeigt die Bedeutung der geheimen Kriegsführung der USA im Kalten Krieg unter Bezugnahme auf hochkarätige Zeitzeugen und exklusives Filmmaterial. Einmal mehr wird deutlich, dass die USA zur Durchsetzung eigener Interessen auch vor der Souveränität demokratischer Staaten nicht Halt machten. Eine Thematik, die gerade in Anbetracht der aktuellen politischen Lage und der jüngsten Geheimdienstskandale von beachtenswerter Aktualität ist.» So 2015 – wie sich doch der Ton gegenüber den USA seither geändert hat ...!

George W. Bush kündigt ABM-Vertrag – «zum Wohl des Friedens»

Doch zurück in den chronologischen Ablauf: Seit Carter und Reagan bemühten sich die USA also, ein weltumspannendes Raketenabwehrsystem aufzubauen, das auch Weltraumkomponenten umfassen sollte. Dieses besonders von der Regierung unter George W. Bush verstärkte Programm hätte die Vereinbarungen des ABM-Vertrages verletzt. 9/11 war dann der geeignete Anlass für Bush, den Vertrag im Dezember 2001 einseitig zu kündigen. Die Kündigung trat nach einer Frist von sechs Monaten im Juni 2002 in Kraft.

Und wie lautete die Begründung der Kündigung? «Today, our security environment is profoundly different. [...] Russia is not an enemy, but in fact is increasingly allied with us on a growing number of critically important issues. [...] Today, the United States and Russia face new threats to their security. Principal among these threats are weapons of mass destruction and their delivery means wielded by terrorists and rogue states.»⁵ («Unser Sicherheitsumfeld ist heute ein völlig anderes. [...] Russland ist kein Feind, sondern verbündet sich mit uns in zunehmendem Masse in einer wachsenden Anzahl von kritischen Fragen. [...] Heute sehen sich die Vereinigten Staaten und Russland neuen Bedrohungen ihrer Sicherheit gegenüber. Zu diesen Bedrohungen gehören in erster Linie Massenvernichtungswaffen und ihre Trägersysteme, die von Terroristen und Schurkenstaaten eingesetzt werden.»)

Fortsetzung auf Seite 7

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,

Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung

des Völkerrechts, der Menschenrechte

und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenheid

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 517005

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2022 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenheid.

«Die Domsday-Uhr zeigt ...»

Fortsetzung von Seite 6

George W. Bush war ein Meister der politischen Unwahrheit – und so stellt man sich auch bei dieser Erklärung die Frage, wie denn Terroristen in den Besitz von Interkontinentalraketen kommen sollten. Wo sie aufstellen? Und bei «Schurkenstaaten»?

Das stramm transatlantisch aufgestellte Magazin *Der Spiegel* schrieb 2001 wie folgt: «Zum Wohle des Friedens müsse Washington sich über den ABM-Vertrag hinwegsetzen, der in einer anderen Ära für einen anderen Feind geschrieben worden sei, erklärte Bush in der Militärakademie Citadel. Washington müsse Amerika und seine Freunde gegen alle Formen des Terrors schützen, «einschliesslich des Terrorismus, der mit einer Rakete ankommen könnte».⁶

Der *Spiegel*-Leser erfährt dann immerhin, dass sich das politische Washington in dieser Sache gar nicht einig war. So habe der demokratische Mehrheitsführer im Senat, *Tom Daschle*, erklärt, «er sei gegen den Ausstieg aus dem Abkommen. Das sei ein Schlag ins Gesicht vieler Leute, die sich Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte für Rüstungskontrolle eingesetzt hätten.»

Wer waren denn die Kreise, die diesen Schlag ins Gesicht ausübten? Der *Spiegel*: «In Washington wird die Entscheidung für die Raketenabwehr als Sieg der Kräfte um Verteidigungsminister *Donald Rumsfeld* und dessen Stellvertreter *Paul Wolfowitz* über den eher gemässigten Aussenminister *Colin Powell* bewertet. Aus Regierungskreisen verlaute, Bushs Sicherheitsberaterin *Condoleezza Rice* habe zunächst zwischen beiden Seiten vermitteln wollen, dann aber die Haltung von Rumsfeld unterstützt.»

Man erinnere sich: Rumsfeld und Wolfowitz gehören zur Gruppe der Neokonservativen, deren heutige Vertreter wie *Robert Kagan* und *Viktoria Nuland* die aggressive Stimmung gegen Russland schüren. Die Neokonservativen, so nachzulesen bei *Norman Podhoretz* und anderen in ihrer Zeitschrift *Commentary*, waren schon immer gegen die Sowjetunion und danach auch gegen Russland eingestellt.

Und wie reagierte Russland auf diese unverhohlene Erneuerung der Kriegserklärung Jimmy Carters und Ronald Reagans? Der *Spiegel* windet sich, formuliert dann aber doch: «Der russische Präsident *Wladimir Putin* hatte in den vergangenen Monaten mehrfach mit einer atomaren Wiederaufrüstung gedroht, falls die USA den ABM-Vertrag einseitig kündigten. Zuletzt hatte die russische Führung aber ein deutliches Entgegenkommen in den Gesprächen mit Washington über eine Abrüstung der atomaren Arsenale beider Länder gezeigt.» Was den letzten Satz begründet, bleibt dem Leser allerdings schleierhaft, insbesondere wenn man bedenkt, dass US-Präsident *Trump* dann 2019 den INF-Vertrag kündigte.

Uno-Generalversammlung 1999: Kündigung des ABM-Vertrags ist Bedrohung des Weltfriedens

Will man Geschichte besser verstehen, müssen möglichst viele Seiten und Perspektiven konsultiert werden. So drängt sich nun auf, auch in die russische Seite hineinzuhören. Dazu sei einem Journalisten von *RT Deutsch* das Wort erteilt – einer Website, die in der EU verboten wurde. Ein Schlag ins Gesicht jeden Historikers! So gibt *Leo Ensel* zu bedenken, dass bereits Anfang 1999 *Bill Clinton* den «National Missile Defence Act» verabschiedet liess, der eine abgespeckte nationale Raketenabwehr zum Ziel hatte und damit das ABM-Abkommen umging. Und was geschah? Die Vollversammlung der Vereinten Nationen erkannte die Brisanz und verabschiedete im Dezember 1999 eine Resolution dahingehend, die USA solle diese Pläne aufgeben. Und wer stimmte dagegen? Mit den USA nur Israel, Albanien und Mikronesien. Damit hatte die Weltgemeinschaft klar gemacht: Die Aufhebung oder Umgehung des ABM-Vertrages war eine tödliche Bedrohung für den Weltfrieden, weil sie die Führung eines Atomkrieges wieder möglich machte!

Und die Reaktion Russlands? Rücktritt vom START II-Abkommen. START II verbot landgestützte Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen, die sich besonders

zur Überwindung von Raketenabwehrsystemen eignen. Damit schien alles verloren, was seit 1972 mühsam aufgebaut worden war!

Und *Leo Ensel*: «Es folgte ein fast zwanzigjähriger Eiertanz um das sich angeblich gegen anfliegende iranische Raketen richtende US-Raketenabwehrsystem *Aegis* mit zwei Modulen unmittelbar vor der russischen Haustüre, bei dem die USA Russland – wie auch die meisten europäischen Nato-Partner – stets vor vollendete Tatsachen stellen sowie russische Bedrohungsängste und sämtliche Kompromissvorschläge aus Moskau geflissentlich ignorierten. Mittlerweile sind die entscheidenden Module in Devesulu (Rumänien) und Stupsk-Redzikowo (Polen) betriebsbereit. Das laut offiziellen westlichen Angaben rein defensive *Aegis*-System kann – damit macht das Rüstungsunternehmen *Lockheed Martin* ungeniert Werbung – lediglich durch Veränderung der Software in ein Offensivsystem verwandelt werden, seine Mk 41 VLS-Startrampen können auch *Tomahawk*-Marschflugkörper, also Angriffswaffen, abfeuern. Kurz: Module dieses Systems, an dem die USA seit über zwei Jahrzehnten arbeiten, hätten noch vor anderthalb Jahren, als er noch existierte, gegen den INF-Vertrag verstossen!» Der INF-Vertrag, gültig von 1987–2019, sollte, kurz gesagt, das atomare Schlachtfeld Europa, insbesondere die DDR und die BRD, verhindern helfen. Definition *Wikipedia*: «Der INF-Vertrag (engl. – *Intermediate Range Nuclear Forces Treaty*) bezeichnet ein Bündel bilateraler Verträge und Vereinbarungen zwischen den USA und der UdSSR/Russland über die Vernichtung aller boden-/landgestützten Flugkörper mit mittlerer und kürzerer Reichweite (zwischen 500 bis 5500 Kilometer). Der Vertrag wurde am 8. Dezember 1987 anlässlich des Gipfeltreffens von Washington unterzeichnet und nach Ratifizierung am 1. Juni 1988 während des Gipfeltreffens in Moskau in Kraft gesetzt. Er wurde auf unbeschränkte Dauer geschlossen, ist jedoch seit dem 2. August 2019 ausser Kraft gesetzt.»⁷

Ohne ABM-Vertrag und INF-Vertrag steht die Welt wieder an einem Punkt, den wir 1972 überwunden glaubten, nämlich am Beginn einer Phase der atomaren Hochrüstung, um, so die atomare Logik, die Zweitschlagfähigkeit zu behalten. Und so sind auch die Äusserungen *Wladimir Putins* besser einzuordnen, als er am 1. März 2018 am Ende seiner jährlichen Rede zur Lage der Nation der Weltöffentlichkeit eröffnete, Russland verfüge nun über neuartige Waffensysteme wie nichtballistische Hyperschallraketen von einer Geschwindigkeit bis zu Mach-20 und nuklearbetriebene Marschflugkörper, gegen die die westlichen Abwehrsysteme machtlos seien. Ein zweiter *Sputnik*-Schock für den Westen, wie *Leo Ensel* meint?

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Wir leben in einer Phase eines zweiten Kalten Krieges, der jederzeit zu einem atomaren Inferno führen kann. Auf die Frage, wann das neue Wettrüsten denn begonnen habe – dass es begonnen hat, ist unbestritten

– sind die Antworten aus Ost und West verschieden: *Putin* war's, tönt es im westlichen Narrativ, *Putin* hingegen ist überzeugt: «Mit der amerikanischen Kündigung des ABM-Vertrags!»⁸

US-Friedensrat: Aufruf zum Waffenstillstand – Kritik an Nato und USA

Abgeschlossen sei diese Tour d'horizon durch eine wahrlich verrückte Welt, eben die Welt mit Atomwaffen und deren eigener, eigentlich banaler Logik, mit dem Aufruf des US-Friedensrates.⁹ Ja, das gibt es auch in den USA – besonnene Stimmen, die die Welt vor einem Atomkrieg bewahren wollen und ihre Pappeneimer im State Departement, weniger im Pentagon, kennen, die seit 1945 mit dem Einsatz von Atomwaffen ihre Planung unterfüttern.

Besagter US-Friedensrat gibt zu bedenken: «Wenn es der Nato gelänge, sich bis zur ukrainisch-russischen Grenze auszudehnen, würde dies eine höllische Welt schaffen und zu einem möglichen Atomkrieg führen. Wir sollten nicht vergessen, dass die Geschichte damit nicht zu Ende wäre und Weissrussland das nächste Ziel sein könnte. Deshalb muss die Friedensbewegung alles in ihrer Macht Stehende tun, damit die Ukraine neutral bleibt und die USA/Nato diese Neutralität anerkennen.» Und ihre Einschätzung der Verantwortlichkeiten: «Die USA und ihre Nato-Verbündeten haben diese Tragödie nicht nur provoziert, sondern versuchen sie zu verlängern, indem sie sich weigern, auf Verhandlungen über einen Waffenstillstand einzutreten. Zwar gewinnt in einem Krieg niemand, aber die USA haben am meisten gewonnen: die weitere Einigung der Nato unter US-Herrschaft, die Verringerung der russischen wirtschaftlichen Konkurrenz auf dem europäischen Energiemarkt, die Rechtfertigung der Aufstockung des US-Kriegshaushalts und die Erleichterung des Verkaufs von Kriegsmaterial an Nato-Vasallen. Ein Europa, das weiter zwischen der EU/ dem Vereinigten Königreich und Russland gespalten ist, nützt niemandem ausser den imperialistischen USA.» Und dann die Forderungen:

- «1. Sofortiger Waffenstillstand und Entsendung von humanitärer Hilfe in die Ukraine, einschliesslich der selbsternannten unabhängigen Republiken.
- 2. Anerkennung der Neutralität der Ukraine.
- 3. Rückzug ausländischer Streitkräfte, Waffen und Ausrüstung – einschliesslich Söldnern – aus der Ukraine.
- 4. Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine dauerhafte Lösung der internen Konflikte in der Ukraine unter Beteiligung aller betroffenen Parteien.

US-Friedensrat, 24. März 2022»

Ein Aufruf, dem auch aus europäischer Sicht, dem nächsten nuklearen Schlachtfeld, da der Schutz des ABM- und des INF-Vertrages weggefallen sind, nur zugestimmt werden kann. Oder soll der Konflikt effektiv

Die USA zerstören die Abrüstungsverträge und lehnen die Vorschläge Russlands ab

Sergej Lawrow: «Heute sind nur wenige Regeln übriggeblieben. Wir haben den *New START* – den Vertrag über Massnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen. [...]

Gleichzeitig wurden die anderen Rüstungskontroll- und Nichtverbreitungsinstrumente zerstört. Der *ABM-Vertrag* zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen und der *INF-Vertrag* – der Vertrag über nukleare Mittelstreckenwaffen – existieren nicht mehr. Die USA haben unseren Vorschlag, ein beiderseitiges Moratorium einzuführen, abgelehnt, obwohl wir angeboten hatten, als Teil dieses Vorschlags Verifikationsmechanismen zu vereinbaren. Der Haupteinwand des Westens besteht darin, dass er uns nicht «vertraut», dass die Iskander-Systeme [russische Boden-Boden-Raketen, die atomar bestückt werden können] in Kaliningrad nicht gegen die Bestimmungen des *INF-Vertrags* verstossen. Nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit haben wir ihnen angeboten, Kaliningrad zu besuchen, während wir die US-Raketenabwehrbasen in Polen und Rumänien besuchen würden. Dies war ein ehrlicher Vorschlag, den die USA jedoch seither ablehnen. Auch der *Vertrag über den Offenen*

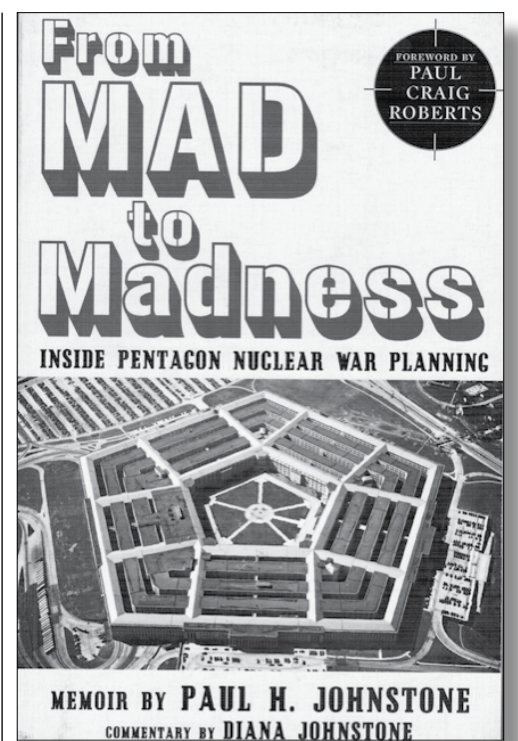
Himmel (Open skies) hat sich erledigt. Er existiert nicht mehr.

Der neue *START-Vertrag* ist der einzige verbliebene Rüstungskontrollvertrag. [...]

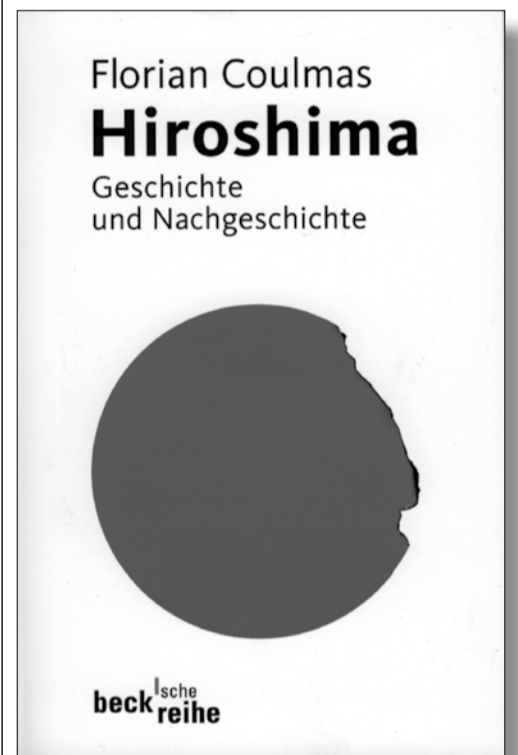
Die Vereinigten Staaten haben fast alle Kontakte abgebrochen, weil wir gezwungen waren, uns für die russische Bevölkerung in der Ukraine einzusetzen. Diese Menschen haben 8 Jahre lang unter ständigem Beschuss gelebt, ohne dass der Westen darauf reagiert hätte. Im Gegenteil, der Westen hat lediglich die russophoben und neonazistischen Aktionen des Kiewer Regimes gefördert. [...]

Um noch einmal auf die «Regeln» zurückzukommen: Das ist ein Schlagwort, das die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten verwenden, wenn sie allen sagen, wie sie sich benehmen sollen. Sie bestehen nun auf der Einhaltung der regelbasierten Ordnung (*rules-based order*) und nicht mehr des Völkerrechts. Eine Beschreibung dieser Regeln ist nicht verfügbar.»

Quelle: Interview mit Aussenminister *Sergej Lawrow* in der politischen Talkshow *The Great Game* von Kanal 1, Moskau, 25. April 2022, https://mid.rulen/foreign_policy/news/1810694/



ISBN 978-0-9972870-9-7



ISBN 978-3-406-58791-7

militärisch gelöst werden, wie *Josep Borrell* – Hoher Vertreter der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik, wegen Insiderhandels schon einmal rechtskräftig verurteilt¹⁰ – fordert? Würde er sich dann absetzen nach Kalifornien? Oder auf den Mars, wenn die ersten Atomraketen in Polen und Tschechien einschlagen, wie es *Putin* angekündigt hat? Dort stehen die Raketenabwehr- respektive Angriffsbatterien der USA. Und die Atom-bombenstandorte der USA in Deutschland, Süditalien etc., auch die würden Ziele der russischen Atomraketen. Wohin die amerikanischen Atomraketen zielen würden? Auf die Ostukraine? Oder gerade nach Russland hinein?

Politiker, lasst euch von den Militärs sagen, was ein Atomkrieg bedeutet. Dem Vernehmen nach sind massgebende Kreise im Pentagon gegen die Pläne der neokonservativen militärischen Greenhörner und Kriegstreiber. Gebe Gott, dass sich die besonnenen Militärs dort gegen windige Politikaster durchsetzen.

¹ <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/die-weltuntergangsuhr-und-putins-an-griff-17834025.html>

² Coulmas, Florian. *Hiroshima*. ISBN 978-3-406-58791-7. München 2010; Johnstone, Paul H.; Johnstone, Diana. *From Mad to Madness: Inside Pentagon Nuclear War Planning*. Atlanta 2017. ISBN 978-0-9972870-9-7

³ https://de.wikipedia.org/wiki/Gleichgewicht_des_Schreckens#Abkehr_von_der_MAD-Doktrin

⁴ <https://programm.ard.de/?sendung=2872414477346630>

⁵ Announcement of Withdrawal from the Abm Treaty. – Pressemitteilung des Weissen Hauses vom 13.12.2001; <https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/12/20011213-2.html>

⁶ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/raketenabwehr-usa-kuendigen-abm-vertrag-a-172585.html>

⁷ <https://de.wikipedia.org/wiki/INF-Vertrag>

⁸ <https://de.rt.com/opinion/leo-ensel/128380-start-schuss-zum-wettrusten-usa-kuendigen-abm-vertrag/>

⁹ <https://uspeacecouncil.org/u-s-peace-council-statement-on-russias-military-intervention-in-ukraine/>

¹⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/Josep_Borrell

«Nachts schlafen die Ratten doch!»

von Peter Küpfer

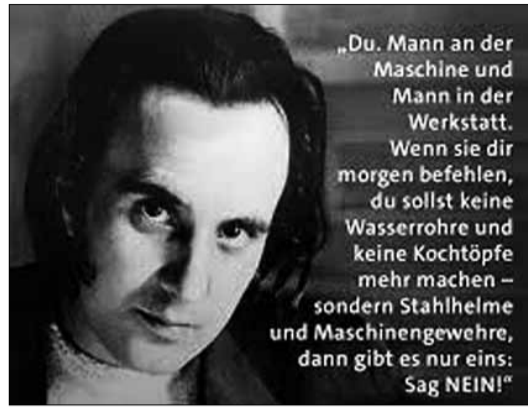
Jetzt ist die Zeit, wieder Wolfgang Borchert zu lesen. In meiner Studienzeit führte kein Weg am Werk des leider viel zu früh verstorbenen Schriftstellers vorbei. In seiner Nachkriegs-Kurzprosa aus der Betroffenen-Perspektive (der echten) ist uns eine ernste, zutiefst menschliche Warnung überliefert. Wir sollten sie ernst nehmen.

Viel Zeit blieb ihm nicht. Geboren 1921, war Wolfgang Borchert zwölf, als Hitler in Deutschland die Macht übernahm und behielt, dies besonders auch mittels der nun sofort durch-nazifizierten Schulen. 1939, bei Kriegsbeginn, auch damals schon propagandistisch vorbereitet durch die Lüge (diesmal war es ein von den Filmwochenschauen treu und stramm verbreiteter angeblicher «polnischer Angriff» auf Deutschland), war er 18. Eine Buchhändlerlehre wurde abgebrochen, es folgten erste schauspielerische Versuche, nach dem anfänglichen deutschen Tausel leichter Siege und der Niederringung des Erzfeindes Frankreich kam Stalingrad. Und dann der durch Goebbels Hetzrede im Sportpalast aus zehntausend NSDAP-Kehlen provozierte und prompt herbeigebrüllte «totale Krieg» mit Mobilisierung der letzten zivilen Reserven. Der Jungschritsteller wurde neben anderen Schicksalsgenossen, jung wie er, eingezogen und trotz festgestellter gesundheitlicher Einschränkungen zu den Panzergrenadiereinheiten der russische Front geschickt. Kritische Briefe, die er seiner Mutter von der Front nach Hamburg schrieb, wurden entdeckt und bildeten den Vorwand, den nicht vorschriftsmässig Denkenden als Abweichler und «Wehrkraftzersetzer» zu verhaften.

Wettlauf mit dem Tod

Schon damals meldete sich die schwere Krankheit, der er schliesslich 1947 erliegen sollte. Dem über ihn verhängten militärischen Todesurteil entging der Rilke-Verehrer nur durch mildere Umstände. So mild waren sie auch wieder nicht: Ab zur «Frontbewährung», noch einmal an die russische Front. Dort zeigte sein angegriffener Gesundheitszustand auch Unbelehrbaren, dass mit diesem jungen Mann kein verlorener Krieg zu gewinnen war. Am Vorabend seiner Entlassung aus der Wehrmacht verpiffte ihn ein «Kamerad» wegen seiner gewagten Witze über den Militarismus. Neuerliche Einkerkelung, neuerliche Prozeduren, diesmal in Berlin-Moabit. Inzwischen rückten die alliierten Fronten näher. Als die Rote Armee im Frühjahr 1945 Teile Berlins besetzten, gelang dem Inhaftierten die Flucht. Im Schutz gegen Nordwesten vorrückender alliierter Panzer legte der Entkräftete die Strecke bis nach Hamburg zu Fuss zurück. Seelisch und körperlich am Ende, traf er in der zerbombten Stadt ein, «ein vom Tode Gezeichnete, aber dankbar empfangen wie ein vom Tode Befreiter», so schrieb es sein Freund und Mentor Bernhard Meyer-Marwitz in seinem Nachwort zum 350 Seiten starken einbändigen Gesamtwerk Borcherts, das 1949 bei Rowohlt erschienen ist. Ein Buch, leicht in der Hand zu halten, und von zeitweise niederdrückendem Gewicht, wenn man es liest.

Nun setzte sich der hektische Wettlauf ums Überleben unter anderen Umständen fort. Diesmal standen dem werdenden Schriftsteller «nur» noch die Umstände des zertrümmerten Deutschlands entgegen, schwer genug, sowie zunehmend der Feind in ihm selbst, die Krankheit. Trotz widrigster Gegebenheiten im Jahre Null (zum Glück hatte er tatkräftige gute Freunde) raffte der junge Schriftsteller alle Kräfte zusammen, um zu schreiben. Das Thema war der Krieg, nicht so sehr seine Auswirkungen auf die seelischen Kräfte als das, was die Menschen in ihrem Innern dazu getrieben hatte, ihn zu «machen», ihm zu «dienen». Seine scharfkantigen Gedichte, seine fragmentarische Sprache hatte nur ein Ziel: die Zertrümmerung Deutschlands, die innere so gut wie die äussere, zu dokumentieren. Teilweise auch sprachlich an den Expressionismus erinnernd, der angesichts der ersten deutschen Gross-Katastrophe, des Ersten Weltkriegs, Ähnliches versucht hatte, war sein Schreiben oft ein einziger Schrei. Da beschrieb ein Rückkehrer



Wolfgang Borchert, 1921–1947. (Bild zvg)

nicht nur, was er gesehen und erlitten hatte, er war das sprachgewordene Leiden selbst. Viele trugen es in sich, waren davon gezeichnet, ob bewusst oder unbewusst, ob «gewollt» oder ungewollt – ein kollektives Trauma.

Draussen vor der Tür

Noch vor den Zeitungen, noch vor den Büchern, war das Radio da. Das Hörspiel erlebte seinen vorher ungeahnten Siegeszug. So war denn auch das in einer Kräfteaufwallung Borcherts in nur acht Tagen entstandene Stück «Draussen vor der Tür» mit dem bezeichnenden Untertitel «Ein Stück, das kein Theater spielen und kein Publikum sehen will» zuerst als Hörspiel am Radio zu hören. Der Nordwestdeutsche Rundfunk produzierte das Stück im Hamburger Studio als Hörspiel und sendete es am 13. Februar 1947. Es hinterliess eine ungeahnt starke Wirkung, wurde mehrmals wiederholt. Es stiess auf schroffe Ablehnung (Nihilismus!) so gut wie begeisterte Zustimmung gerade auch in Militär- und Soldatenkreisen (So war es, so ist es!). Da hatte einer eine Sprache gefunden für die äussere und seelische Not der damaligen Zeit, sowohl für die Hiergebliebenen als auch für die Heimkehrer, für die damals auch oft seelisch kaum Platz war. «Wir alle, die wir immer noch in umgefärbten Militärklamotten herumlaufen, Gasmaskenbrillen tragen, Trümmer räumen und tanzen gehen [...], an deren Betten nachts die toten Kameraden hocken und uns mit dem Blick ihrer erloschenen Augen quälen, die wir überall im Wege sind und beiseite stehen, wir haben einmal wieder unsere eigene Stimme gehört, die einer von uns in Worte geformt hat», so schrieb einer der deutschen heimgekehrten Frontsoldaten in einem der zahlreichen Briefe an den Autor. Und ein anderer, angesichts des billigen Trostes «In fünfzig Jahren ist das alles vorbei»: «In fünfzig Jahren ist nicht alles vorbei. In fünfzig Jahren ist ebenso Gegenwart wie heute und

gestern war. Nicht um über sie hinwegzutäuschen, nicht um sie zu vergessen ist sie da – vergessen ist das Schlimmste für den Menschen, nein, um sie zu meistern.» (Wolfgang Borchert. Das Gesamtwerk. Rowohlt 1947, Hamburg, Nachwort S. 342 f.) Im Zentrum der Handlung von «Draussen vor der Tür» steht der ehemalige Unteroffizier Beckmann. Er kommt nicht darüber hinweg, dass er bei einem sogenannten «Himmelfahrtskommando» elf seiner Leute im feindlichen Beschuss verloren hat. Dafür will und kann er nicht die Verantwortung übernehmen. Eine der eindrücklichsten Szenen ist der Besuch des obdachlosen Heimkehrers in der unversehrten Villa seines Obersten, der ihm damals den Befehl zur aussichtslosen Erkundungsaktion in die Feindeslinien gegeben hat. Der Kommandant soll seine Verantwortung zurücknehmen und sie tragen, er selbst kann es nun nicht länger. Er will wenigstens einmal wieder eine Nacht schlafen, ohne Alpträume. Der Oberst ist ganz auf Wiederaufbau und Anpacken eingestellt, die eigenen Kriegserlebnisse hat er erfolgreich verdrängt. Das ist doch alles vorbei, ein bisschen Optimismus, und dann kriegen wir das schon hin, das ist seine Linie, mit der er erfolglos gegen Beckmanns Hartnäckigkeit ankämpft. Beckmann soll sich in die Garage begeben, sich dort waschen und rasieren, sich vom Chauffeur einen alten seiner Anzüge geben lassen und sie dann in Ruhe lassen: «Werden Sie erst mal wieder ein Mensch!» sagt er zum körperlich und seelisch ausgebrannten Soldaten. Der hat diesen Kraftort des deutschen Wiederaufbaus allerdings schon verlassen.

Borcherts Stück zeigt in beklemmender Symbolik das Ausmass der Zerstörung. Es geht unter die Haut, weil diese Zerstörung nicht nur äusserlich ist, sondern auch innerlich. Alle Stationen dieser Rückkehr Beckmanns in die Normalität missglücken, weil nicht nur die Soldaten, auch die Bewohner fern der Fronten (an der «Heimatfront», wie das damals hiess), unter dem Krieg gelitten haben, auch seelisch.

Unverschüttbare Mitmenschlichkeit

Borcherts seismographische Auskundschaftung dessen, was trotzdem an Mitmenschlichkeit überlebt hat, kommt so unpathetisch daher wie seine Inventarisierung des damaligen Leidens. Für mich am eindringlichsten in seiner kurzen Prosaskizze, Kurzgeschichte nannte man das damals, «Nachts schlafen die Ratten doch».

Schauplatz ist eine jener Strassen Hamburgs, Berlins, Dresdens, auf denen links und rechts Trümmerhaufen anzeigen, dass hier

einmal Häuser standen. Durch die Trümmerlandschaft führen Pfade, welche die Überlebenden gebahnt haben. Auf einem Trümmerhaufen sitzt der neunjährige Jürgen, mit trotzigem Gesicht, in der Hand einen starken Knüttel. Ein Alter bahnt sich mühsam seinen Weg durch die Trümmerlandschaft, einen Korb mit Deckel am Arm, sieht den Jungen, stutzt, spricht ihn vorsichtig an. Der Dialog ist so zerbrechlich wie das Umfeld und die Seele des Jungen, was der alte Mann sofort merkt. Nach und nach bahnen sich Inhaltsbrocken durch den brüchigen Dialog. Der Junge sitzt hier, weil er hier sitzen muss. Warum, sagt er nicht. Aber er muss hier sitzen, genau hier. Zwingend. Ja, auch nachts, gerade auch nachts. Der Alte probiert's mit Neugierig-Machen. Ob er erraten kann, was er hier im Korb hat. Kein Problem für den Jungen, der das Leben schon kennt: Gras, Kaninchenfutter. So ist es. Ob der Junge seine Kaninchen nicht mal sehen möchte, der Stall ist nicht weit. Und jetzt sind Junge da. Nein, geht nicht. Na denn ... Beim Wegwenden des Alten dann die schnell hingeworfenen Worte des Jungen: «Es ist wegen den Ratten.» Ratten? Ja, Ratten. Die essen doch von Toten. Von Menschen. Woher er das denn wissen wolle. Von seinem Lehrer. Da unten liegt sein Bruder. Ein Bombe traf das Haus. Da war alles weg, und dann der Bruder auch. Der war viel jünger als er, erst vier. Er muss doch da unten irgendwo liegen. Und da muss Jürgen nun sitzen und die Ratten verjagen. Der Alte greift zu einer Notlüge, um den Jungen zu erlösen, und schüttelt den Kopf über Lehrer, die ihren Kindern Unsinn erzählen, obwohl doch allgemein bekannt ist, dass die Ratten nachts schlafen. Beim Weggehen bahnt sich die Möglichkeit eines Mitkommens an. Wenn der Alte zurückkommt, nach dem Füttern. Dann kann auch der Junge zu den Eltern gehen (weil die Ratten je bekanntlich nachts schlafen). Und vorher zeigt er ihm noch seine Karnickel. Eines davon kann er dann mitnehmen. Ein weisses, wünscht sich der Junge ...

Borcherts Vermächtnis, sein Stück «Draussen vor der Tür», wurde dann doch aufgeführt. Premiere war am 21. November 1947 in den Hamburger Kammerspielen. Bald wurde es in die Spielpläne dreissig deutschsprachiger Bühnen aufgenommen. Vor der Uraufführung in Hamburg trat die Spielleiterin, sie hatte Borchert persönlich gekannt, vor das Publikum. Eben hatte sie die Nachricht ereilt, Wolfgang Borchert sei am Vortag in einer Privatklinik in Basel, in der er durch Vermittlung seiner Freunde betreut wurde, an den Folgen seiner schweren Erkrankung gestorben. •

«Vorwärts, Erbauer des Friedens!»



Die Demonstranten in Italien fordern: «Atombomben raus aus Italien!» (Bilder Marco Inglessis)

20000 Menschen haben am 30. April an einem Marsch von Perugia nach Assisi teilgenommen; die Menschen kamen aus insgesamt 156 Gemeinden, Provinzen und Regionen, von 53 Schulen, 88 nationalen Verbänden, 359 lokalen Verbänden. Es kamen Rektoren von Dutzenden von Universitäten, Bürgermeister, Studenten und Aktivisten. Bekannte italienische Persönlichkeiten wie Alex Zanotelli, Gherardo Colombo, Flavio Lotti und Beppe Grillo sprachen auf der Bühne.

Über die Zahlen hinaus sprechen die Bilder und die Aussagen der Teilnehmer von einer fröhlichen und entspannten Atmosphäre, einer guten Stimmung, populären und aktuellen Liedern, vielen Transparenten, einer grossen katholischen Präsenz und vielen jungen Menschen. Alle waren zusammengekommen, um Nein zu sagen zu Waffenlieferungen an die Ukraine, zur Erhöhung der Militärausgaben und zu allen Kriegen, auch zu den vergessenen, die die

Menschheit plagen und den Planeten zerstören. Politik und Diplomatie sollen wieder in den Mittelpunkt gestellt werden, der einzige Weg zu einem gerechten und dauerhaften Frieden. «Vorwärts, Erbauer des Friedens!» war der abschliessende Gruss und Wunsch dieses aussergewöhnlichen Marsches. •

Quelle: *Pressenza Redazione Italia* vom 30.4.2022 (Übersetzung *Zeit-Fragen*)